



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,  
JUGEND UND VERSORGUNG

# LANDESJUGENDAMT

Ausgabe Januar 2024

*info*



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Vorwort .....</b>	<b>3</b>
<b>Aus der Arbeit des Landesjugendamtes .....</b>	<b>4</b>
Aus dem Landesjugendhilfeausschuss.....	4
<b>Aus der Verwaltung.....</b>	<b>7</b>
Neues SPFZ-Programm erschienen.....	7
Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz goes Instagram – @demokratiezentrum.rlp .....	8
Neuaufgabe der Broschüre „Pflegeeltern sein – Eine Aufgabe für Sie? Eine Broschüre für Pflegeeltern und solche, die es werden möchten“ .....	9
Gut aufgestellt: BAG Landesjugendämter wählt neuen Vorstand .....	10
<b>Der Blick zurück .....</b>	<b>12</b>
Arbeitstagung rheinland-pfälzischer Fachberatungen 2023 .....	12
Sich selbst und das Kita-Team gesund und resilient durch den Kita-Alltag führen – 13.	
Fachtag für Kita-Leitungen .....	16
GZA Rheinland-Pfalz und Hessen feiert 20-jähriges Jubiläum .....	19
„Schuldnerberatungen sind ein wichtiger Anker für Menschen in schwierigen Lebenslagen“ .....	22
Arbeitstreffen der Netzwerkkoordinierenden nach dem Landeskinderschutzgesetz.....	24
Im Gespräch mit der neuen Kollegin Hanna Aalders zum diesjährigen Fachtag „Ambulante Hilfen zur Erziehung“ .....	27
Die Landesdemokratiekonferenz Rheinland-Pfalz am 10. Oktober 2023 .....	30
Jugendlichen internationale Erfahrungen ermöglichen sowie Youthwork- Fachkräfte debatte führen – Jugendarbeit zwischen lost im Alltag und Arroganz? .....	32
Ankommen in Deutschland – Der Weg für unbegleitete Minderjährige von der Einreise bis zu einem gültigen Aufenthalt?! .....	35
„Jugendarbeit verleiht eigenständiger Jugendpolitik Flügel?!“ .....	40
„Die Arbeit mit Aussteiger/innen aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“ .....	44
Weiterbildungen im Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum SPFZ – die Nachfrage ist ungebrochen.....	47
<b>Terminankündigungen.....</b>	<b>50</b>
Kooperation im Kinderschutz.....	50
Save the Date .....	51
<b>Impressum .....</b>	<b>52</b>

## VORWORT

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Jahresend-Ausgabe ist eine Jahresbeginn-Ausgabe geworden. Grund hierfür war, dass sich das Jahresende so dicht und arbeitsintensiv gestaltete, dass keine Zeit blieb, um sich der finalen Durchsicht der aktuellen Ausgabe zu widmen.

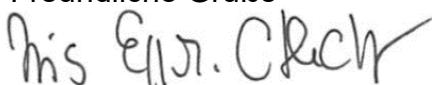
Wir nehmen Sie in diesem Heft trotzdem noch einmal mit in die letzten Monate des alten Jahres, berichten Ihnen von Veranstaltungen und Fortbildungen und zeigen, mit welchen Schwerpunkten sich die Verwaltung des Landesjugendamtes beschäftigt hat. Wie man mit Humor einem herausfordernden Arbeitsalltag begegnet oder welche vielfältigen und hochaktuellen Angebote unser Demokratiezentrum für Sie bereithält, können Sie genauso nachlesen, wie die nachhaltigen Effekte, die die Landesstrategie JES! zur eigenständigen Jugendpolitik auf die beteiligten Kommunen hat. Eine Fortbildungsreihe zum Thema „Ankommen in Deutschland – Der Weg für unbegleitete Minderjährige von der Einreise bis zu einem gültigen Aufenthalt“ gibt Ihnen mit vielen nützlichen Links einen Überblick, wie die ersten Schritte bei einer vorläufigen Inobhutnahme eines unbegleiteten ausländischen Kindes oder Jugendlichen aussehen.

Und auch wenn man das Gefühl haben könnte, es geht im neuen Jahr mit den gleichen Themen weiter, so setzt die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr eine Zäsur. Mit ein paar freien Tagen gelingt es vielen, etwas Abstand zum Arbeitsalltag zu gewinnen. Und selbst wenn man „zwischen den Jahren“ gearbeitet hat, nutzt man die Zeit häufig etwas anders als sonst. Viele haben den Schreibtisch und die Ablage aufgeräumt, Mails abgearbeitet und die schon seit langem vorgenommenen Telefonate geführt. Auch diese kleinen Änderungen können einen gewissen Abstand zu der Zeit vor Weihnachten entstehen lassen.

So kann es auch gelingen, dem neuen Jahr mit einem frischen Blick zu begegnen, und sich auf das, was kommt, mit etwas Neugier und gespannter Erwartung einzulassen.

Ihnen wünsche ich alles Gute für das neue Jahr: Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg in dem, was Sie tun. Uns allen wünsche ich ein gutes Miteinander, um gute Lösungen zu finden und uns weiterhin gemeinsam für die Rechte und das Wohlergehen aller Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien in Rheinland-Pfalz einzusetzen.

Freundliche Grüße



Iris Egger-Otholt



## AUS DER ARBEIT DES LANDESJUGENDAMTES

### Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

**LJHA-Sitzungen am 25. September 2023 und 27. November 2023**

#### **Mediennutzung und Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen im Fokus**

In der Sitzung am 25. September stand neben den Berichten aus der Arbeit der Fachausschüsse, der Ministerien und der Verwaltung das Thema Mediennutzung und Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt.

Hierzu konnte der Vorsitzende Albrecht Bähr den Direktor der Medienanstalt Rheinland-Pfalz, Marc Jan Eumann, mit mehreren Fachkräften der Medienanstalt sowie den Geschäftsführer von medien.rlp, Mario von Wantoch-Rekowski, als Gäste im Ausschuss begrüßen. Albrecht Bähr ist neben seiner Funktion als Vorsitzender des LJHA auch Vorsitzender des Aufsichtsrats von medien+bildung.com sowie der bundesweiten Gremiovorsitzenden-Konferenz der Medienanstalten. Ziel der Medienanstalt Rheinland-Pfalz ist die Ermöglichung von medialer Teilhabe für alle. Die Medienanstalt wird über ein pluralgesellschaftliches Gremium kontrolliert.

In verschiedenen Vorträgen wurde der LJHA über die Aktivitäten der Medienanstalt in Bezug auf den Jugendmedienschutz (klicksafe und Jugendschutz.net) und diverse Kooperations- und Bildungsangebote informiert. Diese verfolgen zum einen das Ziel, die Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen zu stärken. Andererseits arbeitet die Medienanstalt auch repressiv und knüpft die Ausstrahlung bestimmter Inhalte im Internet, Fernsehen oder Radio an Bedingungen oder verbietet sie, sofern diese jugendgefährdend oder entwicklungsbeeinträchtigend sind.

Darüber hinaus wurden die aktuellen [KIM](#) (Kindheit, Internet, Medien) und [JIM](#) (Jugend, Information, Medien) Studien vorgestellt, durch die seit 1998 repräsentative empirische Daten zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen gesammelt und ausgewertet werden. Die Medienanstalt Rheinland-Pfalz arbeitet hierbei mit der Landesmedienanstalt für Baden-Württemberg und der SWR-Medienforschung zusammen.

Abgerundet wurde der Schwerpunkt mit einem Vortrag von Mario von Wantoch-Rekowski zu medienpädagogischen Initiativen und Trends. Das Institut für Medien und

Pädagogik e. V. ist ein anerkannter freier Träger der Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz, der aus dem Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V. hervorging und sich im Jahr 2020 in medien.rlp umbenannte. Der Verein führt medienpädagogische Angebote durch. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche aktiv und kreativ in die Mediennutzung einzubeziehen und dabei indirekt pädagogische Prozesse zu initiieren.

Albrecht Bähr resümierte abschließend, dass es für alle im Bildungsbereich Tätige existenziell notwendig sei, in die Förderung der Medienkompetenz zu investieren.

Im Verlauf der Sitzung beschloss der LJHA einstimmig eine Stellungnahme zur überarbeiteten „Fachkräftevereinbarung für Tageseinrichtungen für Kinder in Rheinland-Pfalz“, die der Fachausschuss 2 federführend erarbeitet hatte.

In der Stellungnahme begrüßt der LJHA die Weiterentwicklung der Fachkräftevereinbarung unter der Justierung der fachlichen Qualität und der Zugangsmöglichkeiten und macht darüber hinaus noch einige konkrete Änderungsvorschläge.

## **Besuch von Ministerin Binz und Stellungnahmen zum Doppelhaushalt 2025/26**

Die letzte Arbeitssitzung des LJHA in 2023 fand am 27. November erneut im Landtag statt. Der Vorsitzende Albrecht Bähr konnte Ministerin Katharina Binz als Gästin im Ausschuss begrüßen.

Die Ministerin erläuterte die kinder- und jugendpolitischen Schwerpunkte in ihrem Ministerium und ging dabei insbesondere auf die kommenden Beratungen zum Landeshaushalt, den Fachkräftemangel, die Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, den Pakt gegen sexualisierte Gewalt und die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein.

Zum Doppelhaushalt 2025/26 prognostizierte sie, dass die schwierige Finanzlage im Bund und im Land die Spielräume deutlich enger werden lasse. Die Ministerin kämpfte dabei zuallererst für die Absicherung der vorhandenen Strukturen.

Vorsitzender Albrecht Bähr  
und Ministerin Katharina Binz



Beim Thema „Fachkräftemangel“ verwies Ministerin Binz über einzelne spezifische Maßnahmen hinaus auch auf die Notwendigkeit einer modernen Einwanderungspolitik und einer Vereinfachung von Anerkennungsverfahren. Bis Mitte kommenden Jahres solle die Fachkräftevereinbarung für die Hilfen zur Erziehung überarbeitet werden und aktuell werde die Neufassung des Landesgesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (SoAnG) vorbereitet. Das Ministerium werde zu einem Runden Tisch einladen, der konkrete Maßnahmen diskutieren und bewerten sowie weitere Maßnahmen entwickeln könne.

Mit dem Pakt gegen sexualisierte Gewalt sollen die Maßnahmen zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in den Blick genommen und Hilfe ermöglicht werden. Unter Mitwirkung einer eingesetzten Fachkommission sowie eines Betroffenenrates tagen zurzeit sechs Arbeitsgruppen und werden bis Mitte 2024 Handlungsempfehlungen für die Landesregierung erarbeiten.

Zur Unterbringung von unbegleitet eingereisten Kindern und Jugendlichen berichtete Ministerin Binz, dass seit Anfang dieses Jahres rund 1.500 Minderjährige unbegleitet eingereist seien und aktuell rund 1.800 minderjährige Geflüchtete in Rheinland-Pfalz leben. Viele junge Menschen könnten aktuell nicht mehr bedarfsgerecht untergebracht werden. In vielen Fällen gehe es erst einmal darum, Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Die Ministerin zeigte sich überzeugt, dass die Gestaltung von Migration eines der großen politischen Themen bleiben werde – auch für die Kinder- und Jugendhilfe.

Zum Abschluss bedankte sich Ministerin Binz beim Ausschuss und seinen Mitgliedern für die wichtige Arbeit und das Engagement für die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz.

Nach dem Austausch mit der Ministerin diskutierte und verabschiedete der LJHA die von den drei Fachausschüssen erarbeiteten Stellungnahmen zur Haushaltsplanaufstellung 2025/26, in denen diese fachpolitischen Empfehlungen zum Bedarf für die kommenden Haushaltsjahre erarbeitet haben.

Insbesondere weist der LJHA in seinem Beschluss die Landesregierung darauf hin, dass in sämtlichen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe dringend eine Anpassung und Dynamisierung der Haushaltsansätze an die deutlich gestiegenen Lohn- und Gemeinkosten vorzunehmen sei.

Nach einem erneut arbeitsreichen Jahr dankte der Vorsitzende dem Ausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit und lud, verbunden mit den besten Wünschen, bereits zur nächsten Sitzung am 5. Februar 2024 ein.

Nils Wiechmann | Telefon 06131 967-360 | [Wiechmann.Nils@lsjv.rlp.de](mailto:Wiechmann.Nils@lsjv.rlp.de)

## AUS DER VERWALTUNG

### Neues SPFZ-Programm erschienen

Das Fortbildungsprogramm 2024 des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums ist erschienen. Seit Mitte Oktober ist es auf der [Homepage](#) des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung zu finden, zusätzlich wurde es an einen breiten Verteiler von Organisationen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe verschickt. Es enthält altbewährte und neue zielgruppenspezifische und -übergreifende Seminare und Weiterbildungen sowie Fachtagungen zu aktuellen gesellschafts- sowie fachpolitischen Themen; es vermittelt Rüstzeug zum Leiten, Moderieren und Beraten und möchte fit machen für den pädagogischen Alltag mit Kindern und Jugendlichen.

Gedruckte Exemplare können angefordert werden, solange der Vorrat reicht, bei [Zehner.Angelika@lsjv.rlp.de](mailto:Zehner.Angelika@lsjv.rlp.de).



### PROGRAMM 2024



Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum

Das neue Programm für das Jahr 2024

Susanne Kros | Telefon 06131 967-130 | [Kros.Susanne@lsjv.rlp.de](mailto:Kros.Susanne@lsjv.rlp.de)

## Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz goes Instagram – @demokratiezentrum.rlp

Was ist Antisemitismus? Wie nutzt die rechte Szene die Kampfsportszene für sich und wie viele Reichsbürgerinnen und Reichsbürger gibt es in Rheinland-Pfalz?

Diese und viele andere Fragen und Themen beantwortet das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz seit August 2023 auf seinem Instagram-Kanal.

Gerade Social Media wird von Akteurinnen und Akteuren aus den extremistischen Bereichen stark genutzt. Um dem etwas entgegenzusetzen, ein Gegengewicht zu bilden und gleichzeitig demokratische Positionen sichtbar zu machen, müssen auch im digitalen Bereich demokratiefreundliche, zivilgesellschaftliche und staatliche Positionen vertreten sein.

Ziel ist es, insbesondere diejenigen zu informieren, die sich für den Themenbereich Demokratieförderung und Extremismusprävention interessieren und engagieren. Dabei liefert der Social Media-Kanal nicht nur Auskunft zu Veranstaltungen, wie der Landesdemokratiekonferenz und Fachtagen zu Themenschwerpunkten des Demokratiezentrums, sondern bietet Nutzerinnen und Nutzern im Bereich der Demokratiebildung und -förderung sowie der Extremismusprävention Informationen und gibt ihnen einen Einblick in dessen Arbeit.



Sie wollen mehr von uns und unserer Arbeit erfahren? Dann folgen Sie uns auf Instagram: @demokratiezentrum.rlp



Ausschnitt der Instagramseite

Stephanie Eckert | Telefon 06131 967-503 | [Eckert.Stephanie@lsjv.rlp.de](mailto:Eckert.Stephanie@lsjv.rlp.de)



## Neuaufgabe der Broschüre „Pflegeeltern sein – Eine Aufgabe für Sie? Eine Broschüre für Pflegeeltern und solche, die es werden möchten“

Am 10. Juni 2021 ist das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) in Kraft getreten. Die Änderungen in der Pflegekinderhilfe wurden in die 5. Auflage der Broschüre „Pflegeeltern sein – Eine Aufgabe für Sie? Eine Broschüre für Pflegeeltern und solche, die es werden möchten“ eingearbeitet.

Die Neuaufgabe wird ab 2024 unter [Publikationen](#) auf der Homepage des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung als Download zur Verfügung stehen. Darüber hinaus können die Broschüren ab Frühjahr 2024 in gedruckter Form von jedem rheinland-pfälzischen Pflegekinderdienst in öffentlicher und freier Trägerschaft angefordert werden.

Durch das KJSG werden die Positionen der Pflegekinder, ihrer Eltern und die der Pflegeeltern gestärkt. Die Anpassungen in der 5. Auflage betreffen daher unter anderem Informationen zu der gemeinsamen Erstellung eines Schutzkonzeptes sowie zu der Möglichkeit, sich zur Beratung, Vermittlung oder Klärung von Konflikten an Ombudsstellen zu wenden. Zudem wird die Zusammenarbeit zwischen der Familie des Kindes und der Pflegefamilie aufgegriffen.

Die Abteilung Landesjugendamt im LSJV hofft, dass die neue Broschüre Sie in Ihrer Arbeit unterstützt und Sie diese gern an interessierte Pflegeelternbewerberinnen und Pflegeelternbewerber sowie Pflegeeltern weiterreichen.

Diana Beeg | Telefon 06131 967-321 | [Beeg.Diana@lsjv.rlp.de](mailto:Beeg.Diana@lsjv.rlp.de)



Titelbild der Broschüre

## Gut aufgestellt: Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter wählt neuen Vorstand

### Auszug aus der Pressemitteilung des Landschaftsverband Westfalen-Lippe vom 24. November 2023 zur 135. Arbeitstagung der BAG Landesjugendämter in Lüneburg (Niedersachsen)

Lüneburg/Münster. 16. November 2023. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter hat eine neue Vorsitzende. Birgit Westers aus Westfalen-Lippe übernimmt die Funktion. Mit ihrer Zusammenarbeit auf Bundesebene tragen die Landesjugendämter zu einer Stärkung der fachlichen Standards in der Kinder- und Jugendhilfe und einer bundesweit einheitlichen Ausgestaltung der Angebote und Leistungen bei. Die Mitgliederversammlung hat die Jugend- und Schuldezernentin des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) am 16. November 2023 in Lüneburg einstimmig für vier Jahre in das Amt gewählt. In dem Gremium sind die Leitungen aller Landesjugendämter in Deutschland vertreten. Den stellvertretenden Vorsitz übernehmen Silke Niepel (Niedersachsen), Enrico Birkner (Sachsen) und Gerald Häcker (Baden-Württemberg). Die Geschäftsstelle der BAG wechselt nach Münster.



Der neu gewählte Vorstand, v. l. n. r. Enrico Birkner, Birgit Westers, Silke Niepel und Gerald Häcker

### Schwerpunkte für die nächsten Jahre

„Ich freue mich auf meine Amtszeit als Vorsitzende der BAG Landesjugendämter und auf die fachliche Arbeit. Mit dem neuen, um eine Person erweiterten Vorstand, sind wir jetzt noch breiter aufgestellt. Das ist wichtig, denn die Themen auf unserer Agenda sind vielfältig und die Herausforderungen groß“, erklärt Westers. Diese Zeit ist geprägt von einer Dynamik und Kumulation von Krisen, die auch für die Kinder- und Jugendhilfe neu ist und die nachhaltige Auswirkungen auf junge Menschen und ihre Familien hat.

„Die aktuelle Situation und der bestehende Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe erfordern auch Mut und Bereitschaft, ganz neu zu denken und neue Wege zu beschreiten“, sind sich die neuen Vorstandsmitglieder einig. „Neben allen fachlichen Erfordernissen müssen wir immer auch das derzeit Machbare – gerade mit Blick auf den Fach- und Arbeitskräftemangel – im Blick behalten. Darauf werden wir auch bei der Mitgestaltung und Begleitung von Gesetzesvorhaben immer wieder hinweisen“, so Westers.

Die Zusammenarbeit der Landesjugendämter in der Bundesarbeitsgemeinschaft hat zum Ziel, den fachlichen Standard in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Vorstandsmitglieder Häcker, Niepel und Birkner stellen klar: „Wir werden zu einer bundesweit einheitlichen Ausgestaltung der Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe beitragen und uns für die Belange junger Menschen und ihrer Familien einsetzen“. Dies geschieht zum Beispiel durch die Erarbeitung von gemeinsamen Empfehlungen zu einzelnen Arbeitsfeldern.

### **Hintergrund: Fachliche Standards sichern und weiterentwickeln**

Die BAG Landesjugendämter äußert sich zu jugendhilferelevanten Gesetzentwürfen auf Bundesebene, ist Mitglied in zentralen Fachgremien und arbeitet mit Institutionen und Organisationen der öffentlichen und der freien Jugendhilfe zusammen. Zudem veranstaltet sie eigene Fachveranstaltungen zu aktuellen Themen. Bei all ihren Aktivitäten nimmt sie insbesondere die Interessen der öffentlichen Jugendhilfe wahr.

Das Recht jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ist Leitmotiv der Arbeit der BAG Landesjugendämter. Mit ihren Stellungnahmen, Empfehlungen und Arbeitshilfen wendet sie sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Fachpraxis.

Die ausführliche Pressemeldung können Sie auf der Homepage des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL) unter [Gut aufgestellt: Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter wählt neuen Vorstand \(lwl.org\)](#) einsehen.

Andreas Gleis | Telefon 0251 /591-3131 | [bag-landesjugendaemter@lwl.org](mailto:bag-landesjugendaemter@lwl.org)



## DER BLICK ZURÜCK

### Arbeitstagung rheinland-pfälzischer Fachberatungen 2023

#### **„Ressourcenorientierte Begegnungen mit herausforderndem Verhalten in der Kita – Was bedeutet das für die Fachberatung?“**

So lautete der Titel des Fachvortrags von Prof. Dr. Klaus Fröhlich-Gildhoff vom Zentrum für Kinder und Jugendforschung an der Evangelischen Hochschule in Freiburg (ZfKJ) bei der diesjährigen Arbeitstagung für Fachberatungen in Rheinland-Pfalz.

Die zweitägige Tagung, zu der das Kita-Referat einmal im Jahr einlädt, fand in diesem Jahr am 5. und 6. Juni 2023 im Erbacher Hof in Mainz in Präsenz statt. Am ersten Tag standen aktuelle Informationen aus dem Bildungsministerium (BM) sowie der Abteilung Landesjugendamt (Referat 37) des LSJV im Fokus. Es wurde unter anderem über die aktuell laufende Kampagne des BM zur Verbesserung der Fachkräftesituation in Tageseinrichtungen sowie über den Bearbeitungsstand der Fachkräftevereinbarung berichtet.

Der Schwerpunkt des zweiten Tages lag auf dem Fachvortrag von Prof. Dr. Fröhlich-Gildhoff, der sich inhaltlich mit der drängenden Frage aus der Kindertagesstätten-Praxis „Wie begegne ich als Fachkraft Kindern mit herausforderndem Verhalten?“ beschäftigte.

Zu Beginn seines Vortrags beschrieb Fröhlich-Gildhoff die Ausgangslage in der Praxis wie folgt:

Fachberatungen würden im Kontext ihrer Tätigkeit zunehmend zum Umgang mit Kindern, die ein normabweichendes („auffälliges“) Verhalten zeigen, angefragt, da dies von den pädagogischen Fachkräften in besonderer Weise als belastend und herausfordernd wahrgenommen werde. „Man macht, man tut und nichts verändert sich“, so beschrieben viele Mitarbeitende die Situation, die viel Energie koste und als Hilflosigkeit empfunden werde. Fröhlich-Gildhoff führte aus, dass ein Zusammenhang zwischen (geringem) Kompetenzerleben und höherem Belastungsempfinden bestehe. Es würde schnell nach einem „Rezept“ gesucht, um dem Verhalten einfach und wirkungsvoll zu begegnen. Jedoch fehlten oftmals in den Einrichtungen Konzepte und systemische Vorgehensweisen, welche die einzelnen Akteurinnen und Akteure im Umgang mit den Kindern unterstützen und somit auch Entlastung im Alltag erzielen können.

Um dem normabweichendem Verhalten professionell begegnen zu können, wurden daher am Zentrum für Kinder- und Jugendforschung (ZfKJ) an der Evangelischen Hochschule in Freiburg folgende größere Projekte entwickelt und umgesetzt:

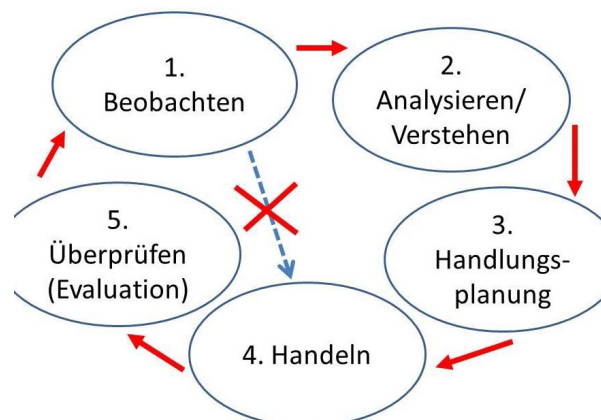
- Herausforderndes Verhalten in Kindertageseinrichtungen – HeVeKi
- Herausforderungen für Dich, für mich, für alle

Als „Zusatz“-Ergebnis dieser beiden Projekte entstand ein Curriculum für eine entsprechende Qualifizierung für Fachkräfte und Teams sowie eine Handreichung für ein systemisches Vorgehen.

Fröhlich-Gildhoff betonte, dass das Verhalten von Kindern vielfältige Ursachen habe, die u. a. in ihrer Geschichte, ihrer Familiensituation, aber auch in der Situation in der Kindertagesstätte selbst liegen können. Daher sei es besonders wichtig, nicht aufgrund einer ersten Beobachtung vorschnell zu handeln, sondern – abgesehen von unmittelbaren Krisensituationen – systematisch und geplant zu agieren.

Ein solches professionelles-systemisches Verhalten folgt einem Kreislaufmodell und genau hier setzt das Konzept der Begegnung mit Verhaltensweisen, die als herausfordernd erlebt werden, an. Es ist eine andere Herangehensweise, die Kinder und ihre Lebensumstände im Ganzen betrachtet, um sie nicht vorschnell zu etikettieren („Kind ist verhaltensauffällig“). Es geht darum, das Verhalten des Kindes zu verstehen und daraus einen präzisen Handlungsplan für alle zu entwickeln.

Dabei sei es wichtig, zwischen Handeln in Akutsituationen (beobachten – handeln) und systemischer Vorgehensweise zu unterscheiden, so Fröhlich-Gildhoff.



Systemische Vorgehensweise in fünf Schritten

Quelle: Fröhlich-Gildhoff 2023 –Auszug aus der Power-Point Präsentation im Rahmen der Arbeitstagung für Fachberatungen

Im Hintergrund der fünf Bestandteile (Schritte) des Kreislaufs professionellen pädagogischen Handelns stehen Einzelelemente. Diese bilden die Grundlage, um passende Begegnungs- bzw. Handlungsformen zu entwickeln und zu realisieren.

So werden bei Schritt 1 „Beobachten“ bereits implementierte Instrumente (z. B. Bildungs- und Lerngeschichten) einbezogen.

Im Schritt 2 „Analysieren/Verstehen“ geht es um das Wissen über Verhaltensentstehung. Hierzu zählen unter anderem soziale Faktoren im häuslichen Umfeld und im Rahmen der Kita. Auf Grundlage der Beobachtungen und der Analyse werden im Team Hypothesen über die Verhaltensentstehung gebildet. Diese dienen als Grundlage für die konkrete Handlungsplanung (Schritt 3).

Bei der Handlungsplanung selbst werden möglichst präzise die nächsten Schritte und Verantwortlichkeiten festgelegt.

- Wie wird dem Kind pädagogisch begegnet?
- Was benötigt es an weiterer Unterstützung?
- Wie wird die Zusammenarbeit mit den Eltern gestaltet?
- Müssen weitere „Spezialistinnen und Spezialisten“ hinzugezogen werden?
- Wer trägt die Verantwortung für die Steuerung des Gesamtprozesses?

Im Anschluss daran wird die Handlungsplanung mit den einzelnen Punkten in die Praxis umgesetzt (Schritt 4).

Die Überprüfung der geplanten Handlungsschritte und deren Umsetzung erfolgt in Schritt 5 „Überprüfen/Evaluation“. Dabei wird folgenden Fragestellungen nachgegangen:

- Was wurde gemacht?
- Welche Effekte gab es?
- Was wurde „zusätzlich“ beobachtet?

Hierbei ist es besonders wichtig, genau zu überprüfen, welche Schritte warum umgesetzt werden konnten und welche Schritte warum nicht umgesetzt werden konnten.

Nach dem eindrucksvollen Vortrag von Fröhlich-Gildhoff, in dem er das systemische Vorgehen darstellte, konnten die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen einen praktischen Einblick in das Verfahren erhalten. Den fachlichen Austausch im Anschluss direkt mit Fröhlich-Gildhoff empfanden die Teilnehmenden als sehr gewinnbringend.

Abschließend können als Fazit aus dem Fachvortrag sowie aus den Arbeitsgruppen folgende Aussagen festgehalten werden:

- Das Konzept der Begegnung mit Verhaltensweisen, die als herausfordernd erlebt werden (HeVeKi), unterstützt Teams, gezielter zu beobachten, das Verhalten von Kindern zu verstehen und passgenaue Handlungsstrategien zu entwickeln.
- Im Rahmen eines systemischen Vorgehens gibt es keine Rezepte aber „Antworten“. Dabei ist es wichtig, Handeln in der Akutsituation und systematisches Vorgehen voneinander zu unterscheiden.

- Es ist bedeutsam, das einzelne Kind (und seine Familie) in seinen Lebensbewegungen zu (be)achten und zu begleiten.
- Die eigenen Grenzen als Fachkraft müssen beachtet und Verantwortung geteilt werden.
- Fachberatungen können im Rahmen ihrer Tätigkeit die Teams für das Konzept sensibilisieren.
- Ziel ist es, die pädagogischen Fachkräfte zu stärken, um besser mit herausforderndem Verhalten von Kindern umgehen zu können.

Weiterführende Informationen zu HeVeKi finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.zfkj.de/index.php/96-forschungsprojekte/verhaltensauffaelligkeiten-bei-kindern/176-ver-heveki>

Weiterführende Informationen zur Fachkräftegewinnung sind unter folgendem Link einzusehen:

<https://werde-erzieherin-oder-erzieher.rlp.de/>

Stefanie Löckel | Telefon 06341 26-449 | [Loeckel.Stefanie@lsjv.rlp.de](mailto:Loeckel.Stefanie@lsjv.rlp.de)

## Sich selbst und das Kita-Team gesund und resilient durch den Kita-Alltag führen – 13. Fachtag für Kita-Leitungen

### Mit Selbstfürsorge und guter Laune direkt ins Schwarze getroffen

Begrüßen Sie den neuen Tag mit einem Urschrei? Nein? Dann sollten Sie den Gorilla-Energizer kennen! Dieser sorgt nicht nur dafür, den gesamten Körper zu lockern und zu mobilisieren, sondern weckt auch die Stimmbänder und fördert vor allem durch das Abklopfen des Körpers den Fluss neuer Energie.

„Wow – so viel positive Energie“ dachte Christiane Hosemann, KidsRelax – Zentrum für Entspannungspädagogik, zum Auftakt der Veranstaltung, „als gleich zu Beginn beim Empowerment-Gorilla-Frischekick der Saal tatsächlich bebte... und danach achtsam entspannte.“

Neue Energie gewinnen, auftanken und den eigenen Job aus einer anderen, einer humorvollen Perspektive in den Blick zu nehmen, waren die Ziele der diesjährigen Fachtagung für Kita-Leitungen. Ausgerichtet vom Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung mit Unterstützung des Referats für Kindertagesstätten der Abteilung Landesjugendamt fand die Tagung am 5. Oktober 2023 im Rhein-Kongress-Zentrum in Bingen statt. Ein erstes gemeinsames Lachen schaffte gute Stimmung und sorgte für Verbindung unter den Teilnehmenden.

### Humor – eine besondere Ressource in unruhigen Zeiten

Die Kita-Leitungen wurden mit einer Prise Heiterkeit und Frohsinn zu einem Perspektivwechsel eingeladen, denn dem Thema „Führen in Krisenzeiten“ kann sich auch auf wohlthuende Weise und auf unbekanntem Pfaden genähert werden. In ihrem lebendigen und interaktiven Vortrag nahm Humortrainerin Danielle Goenen, Deutsches Institut für Humor, die Anwesenden mit. Schnell wurde erlebbar, dass man sich leichter an humorvolle Sätze erinnert als an nicht-humorvolle Sätze, oder auch welche Wirkung Bilder, Cartoons oder Karikaturen haben können. Humor im Allgemeinen und Lachen im Speziellen könne zu psychischer Gesundheit und Selbstfürsorge beitragen, berichtete Goenen. Sie empfahl, sich einen Schlagwörterkasten bzw. eine Humorbox anzulegen und darin

Bitte nennen Sie uns zwei Schlagworte, die Ihnen zum Vortrag von Danielle Goenen im Gedächtnis geblieben sind.



legen und darin Ausdrücke und Gedanken, die einem im Nachgang zu einer Situation in den Sinn kommen, zu sammeln. Denn Schlagfertigkeit und Humor könne gelernt und trainiert werden.

Wortwolke zum Vortrag



Die Impulse des Vortrags konnten Interessierte in einem Workshop vertiefen und praktisch umsetzen. Sie erfuhren, warum Humor effektiv ist – für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben, für ein entspanntes Miteinander im Kollegium und für das eigene Wohlbefinden. In kleinen Interaktionen konnte die Funktionsweise des Humors ausprobiert werden, wobei es um die Unterscheidung von wertschätzendem / sozialem Humor gegenüber aggressivem Humor ging, und um die Wahrnehmung und Nutzung von Humorangeboten von Gesprächspartnerinnen und -partnern. Goenen ist überzeugt, dass Menschlichkeit und Empathie gepaart mit einer Prise Humor uns ein wirksames Werkzeug an die Hand geben – für die erfolgreiche Bewältigung der anstehenden pädagogischen Aufgaben, für ein gesundes Arbeitsklima im Kollegium und die Förderung der Leistungsfähigkeit der pädagogischen Fachkräfte.



Flipchartbild

### **Impuls-Workshops von strategisch-informativ bis zu entspannend-wohltuend**

Neben dem Humortraining gab es acht weitere praxisorientierte Impuls-Workshops, in welchen die Kita-Leitungen Anregungen erhielten, eigene Kraftreserven zu füllen, Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu steigern, ihrem Team zu neuem Schwung zu verhelfen, aber auch der Fürsorgepflicht für die Mitarbeitenden noch besser nachzukommen. Die Titel der Workshops spiegelten die Bandbreite der Themenauswahl wieder: „Einfluss des Führungsverhaltens auf die Haltung zu Sicherheit und Gesundheit“; „Zielgerichtet Arbeitskraft einsetzen – Der Dienstplan als strategisches Instrument“; „(Aus)Zeit in der Natur“; „Mein inneres Team stärken“; „Raumgestaltung – Potentiale und Gefahren“; „Kraftquellen und Glücks-Momente. Methoden-Buffer zur Entspannung im Kita-Alltag und zuhause“; „Meine Stimme ist mein Potential“.

Wissen um Werte, Mindset und Teamkultur könne für mehr Spaß, Identifikation und Leistungsbereitschaft im Kita-Alltag sorgen, davon ist Andreas Ebenhöf von der Helldenten Akademie überzeugt. In seinem Workshop stand neben der Fachlichkeit auch die Persönlichkeit der Fachkräfte im Mittelpunkt. Es ging um das „Warum“ (z. B. „Warum arbeite ich genau hier?“) und auch um die Frage „Was macht Dich glücklich?“. Er stellte – manchmal auch auf eine provokante Weise – die Eigenverantwortung der Fachkräfte in den Mittelpunkt. Sowohl in der Kommunikation mit dem Team, als auch in der Kommunikation mit Eltern seien Transparenz, Offenheit und Nachvollziehbarkeit unabdingbar. Seine vorgestellten Methoden und Aussagen wurden von den Kita-Leitungen teilweise begeistert, aber auch durchaus kritisch aufgenommen.

Auf anschauliche Weise wurden das Konzept der Widerstandsfähigkeit und damit einhergehende Selbstwirksamkeitspotentiale vorgestellt. Auch auf aktuelle Forschungen des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung in Mainz wurde Bezug genommen. Als Führungskräfte-Coach machte Ebenhöf deutlich, dass Kita-Leitungen sich ihrer Rolle als Führungskraft bewusst werden sollten, denn Konflikte seien wie ein Bumerang: Sie



kommen zurück! Hier könnten Souveränität, gewaltfreie Kommunikation und wertschätzende Beziehungsgestaltung hilfreich sein. Er plädierte für Leidenschaft und Hingabe, um Sinn und Freude in der täglichen Arbeit zu erfahren, Motivation und Inspiration zu erleben und Leistungsbereitschaft zu entwickeln. Dabei sollten Führungskräfte bereit sein, weniger Kompromisse einzugehen und sich die ehrliche Frage zu stellen: Welches Risiko bin ich bereit einzugehen?

Christiane Hosemann und Andreas Ebenhöf

Ebenhöf appellierte an die Kita-Leitungen, dass sie für die Team- und Kommunikationskultur Verantwortung tragen. So gehöre zur Professionalisierung neben Leistungsbereitschaft und -kompetenz auch die Wertschätzung und Anerkennung der Mitarbeitenden. Schutzkonzepte, Notfallpläne, Leitbilder und Konzepte sollten mit Leben gefüllt werden, zum Beispiel durch Sichtbarmachung von persönlichen Werten und Lebenseinstellungen.

### **Erweiterte Kompetenzen für Kita-Träger und Nachbesserungen am Kita-Gesetz**

Von den Kita-Leitungen wurde an unterschiedlichen Stellen auch Kritik an den (Arbeits-)Bedingungen geäußert. Zu hoher Verwaltungsaufwand, Aufgaben, die vom Träger an die Leitung delegiert werden (obwohl sie Trägeraufgabe sind), unzureichend empfundene Bezahlung, fehlendes Personal sind einige der benannten Punkte. Besonders die Qualität von Kita-Trägern, bzw. eine an vielen Stellen dringend benötigte Qualifizierung der Träger(-vertretungen) wurden als besonders beachtenswert hervorgehoben und Handlungsbedarf signalisiert.

Trotz der massiven Belastungen und Herausforderungen im Arbeitsalltag der Leitungskräfte stand der Tag im Zeichen guter Stimmung und Empowerment. Hosemann resümierte: „Von Jammerkultur konnte ich aber nichts wahrnehmen, im Gegenteil: Ganz im Sinne der „Positiven Psychologie“ war allen bewusst, wie die Selbstfürsorge, das Gestalten von positiven Emotionen und ein fürsorgliches Miteinander im Team wertvolle Ressourcen darstellen, die selbst beeinflussbar sind. In all meinen Begegnungen konnte ich die Begeisterung für die Arbeit mit Kindern spüren, die bewusst als Quelle von Glück und Sinn erlebt wird – das hat mich beeindruckt und beGLÜCKt“.

Jacqueline Goldstein | Telefon 06131 967-133 | [Goldstein.Jacqueline@lsjv.rlp.de](mailto:Goldstein.Jacqueline@lsjv.rlp.de)

Susanne Hübel | Telefon 06131 967-414 | [Huebel.Susanne@lsjv.rlp.de](mailto:Huebel.Susanne@lsjv.rlp.de)

## Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen feiert 20-jähriges Jubiläum

Im Rahmen ihrer Jahrestagung am 5. und 6. September feierte die in der Abteilung Landesjugendamt angesiedelte Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen (GZA) im Erbacher Hof in Mainz ihr 20-jähriges Bestehen.

Es war eine gelungene Veranstaltung für die gastgebende GZA und die 71 teilnehmenden Fachkräfte der Adoptionsvermittlungsstellen aus Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland. Neben interessanten Vorträgen und spannenden Foren konnte in diesem Jahr gemeinsam das 20-jährige Jubiläum gefeiert werden. Bemerkenswert war, dass sich unter den Teilnehmenden acht Fachkräfte befanden, die bereits an der ersten Jahrestagung der GZA von 20 Jahren teilgenommen hatten und daher von der Leiterin des Landesjugendamtes, Iris Egger-Otholt, besonders herzlich begrüßt wurden. Der Einladung zu dem Festakt am 6. September folgten zudem der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, Detlef Placzek, sowie die jeweiligen Ableitungsleiterinnen des rheinland-pfälzischen Familienministeriums und des hessischen Sozialministeriums, Claudia Porr und Cornelia Lange.



v. l. n. r. Cornelia Lange, Claudia Porr, Detlef Placzek, Marine Leick und Iris Egger-Otholt

Cornelia Lange und Detlef Placzek, die bereits bei der Gründung der GZA im Mai 2003 mitgewirkt haben, begleiten deren Wirken seither mit großem Interesse und großer Wertschätzung. „Mit ihrer Zuständigkeit für zwei Bundesländer ist die GZA etwas Besonderes. Inzwischen sind es 20 Jahre gelungene Kooperation zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen, die ihren Sachverstand und ihre fachliche Expertise im Bereich der Adoptionsvermittlung gebündelt und die GZA mit Sitz im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz in Mainz gemeinsam ins Leben gerufen haben“, betonte Detlef Placzek in seinen Grußworten zum Jubiläum.

Auch Cornelia Lange und Claudia Porr machten in ihren Gratulationen deutlich, dass es bei weitem keine Selbstverständlichkeit sei, dass eine länderübergreifende Behörde so intensiv und effektiv die Weiterentwicklung der rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im Bereich der nationalen und internationalen Adoption mitgestalte.

Ihr Dankeschön richtete Claudia Porr an alle Fachkräfte der Adoptionsstellen öffentlicher und freier Träger, die mit ihrem engagierten und professionellen Arbeiten einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag für das Aufwachsen und die Entwicklungen von Kindern und jungen Menschen leisten.

Die Adoptionsvermittlung ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit, da im Bereich der Adoption – wie an kaum einer anderen Stelle – in einzelne Schicksale unveränderbar eingegriffen wird. Adoption wird daher als lebenslanger Prozess verstanden, bei dem alle Beteiligten vor, während und unbegrenzt nach dem Ausspruch der Adoptionsentscheidung fachliche Begleitung in Anspruch nehmen können. Dieses Verständnis spiegelt sich im Adoptionshilfegesetz wider, das allen Beteiligten auch nach der Adoption Zugang zu Beratung und Information eröffnet.

Durch die jüngste Reform des Adoptionsrechts mit der Einführung des Adoptionshilfegesetzes im Jahr 2021 wurden die Beratung aller Beteiligten verbessert, ein offenerer Umgang mit Adoptionen gefördert, sowie Beteiligungsrechte, der Kinderschutz und die Strukturen der Adoptionsvermittlung gestärkt.

Zu den zentralen Aufgaben der GZA zählen daher die Beratung von an einer Adoption interessierten Menschen, die Durchführung internationaler Adoptionsvermittlungsverfahren, Unterstützung bei der Herkunftssuche von Adoptierten und die Beratung und Fortbildung der Fachkräfte der Adoptionsvermittlungsstellen. Sie ist zudem zuständig für die Anerkennung, Zulassung und Aufsicht über Adoptionsvermittlungsstellen in freier Trägerschaft. Des Weiteren verfasst sie Stellungnahmen in gerichtlichen Adoptionsverfahren vor deutschen Familiengerichten.

Das Wohl der Kinder steht bei jeder Vermittlung an erster Stelle. Insoweit gilt es, für jedes Kind die richtige Familie zu finden. Wichtig für adoptierte Menschen ist es, die Tatsache des Adoptiert-Seins möglichst gut in das eigene Leben integrieren zu können. Das kann am besten gelingen, wenn man offen mit dem Umstand der Adoption umgeht und die Adoptiveltern von Anfang an kindgerecht mit dem Kind über die Adoption sprechen.

Durch zahlreiche Veranstaltungen und jährliche Tagungen bietet die GZA den Fachkräften der Adoptionsvermittlung Angebote zur Weiterbildung an.

Bei der Jubiläumstagung übernahm Prof. Dr. Alexandra König von der Fakultät Bildungswissenschaften der Universität Duisburg Essen den ersten inhaltlichen Beitrag. Aus soziologischer Sicht beschäftigte sie sich intensiv mit den Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter zur Adoptionsvermittlung aus den letzten 40 Jahren, um „die Suche nach den besten Eltern“ und den Wandel des normativen Musters von Kindheit zu ergründen. So stellte sie dar, dass sich die Kriterien, nach welchen die Adoptionsvermittlerinnen und Adoptionsvermittler im Laufe der Jahrzehnte die Eignung von Adoptiveltern prüften, ständig erweiterten und gesellschaftlichen Veränderungen folgten. Waren in der Vergangenheit eher harte Kriterien wie Alter, Berufstätigkeit und wirtschaftliche Absicherung von zentraler Bedeutung, hat sich dies in der Gegenwart erweitert hin zur Einschätzung der Persönlichkeit der Adoptionswilligen und ihrer Erziehungsvorstellungen für ein fremdes Kind.

Anschließend berichtete Eva Ris aus ihrem reichhaltigen Erfahrungsschatz in der Begleitung, Beratung und Unterstützung adoptierter Kinder, der Adoptivfamilien und abgebender Eltern. Sie warb für einen sich an den Bedürfnissen und der Entwicklung der

bzw. des Adoptierten orientierenden sensiblen und ehrlichen Umgang mit den Beteiligten. So haben adoptierte Kinder und Jugendliche das Recht, auch schwierige Sachverhalte zu erfahren. Dies beträfe z. B. die Information, aus welchem Grund sich die Mutter für die Freigabe zur Adoption entschieden hat. In einer szenischen Darstellung eines Treffens adoptierter Kinder mit ihren Eltern im Beisein der Adoptiveltern machte Ris durch das Aussprechen der Gefühle der Beteiligten in dieser Situation deutlich, wie be- oder entlastend Botschaften wirken. Die Fachkräfte, die sich an dieser Darstellung beteiligten, konnten dem Plenum eindrucksvoll berichten, welche Sorgen und Ängste, aber auch positiven Gedanken sie beim Aussprechen der jeweiligen unterschiedlichen, von der Referentin vorgegebenen Sätze empfanden.

Am zweiten Tagungstag begleitete Claudia Flynn von der bayerischen zentralen Adoptionsstelle die Teilnehmenden durch die Geschichte und die rechtsgeschichtliche Entwicklung der nationalen und internationalen Adoption. Sie schlug hierbei einen weiten Bogen von der Zeit des Römischen Reiches über das Mittelalter, den Code Civil in der napoleonischen Zeit, hin zu den Regelungen im BGB ab 1900 bis heute. Abschließend beleuchtete sie aktuelle Entwicklungen des Adoptionsrechts.

Passend hierzu erfolgte im Anschluss eine Podiumsdiskussion zum Thema des Verbots fachlich unbegleiteter Adoptionen im Zusammenhang mit den neuen gesetzlichen Regelungen. Hierbei stiegen die Teilnehmenden in die kontroverse Diskussion der Expertinnen und Experten aus der Adoptionsvermittlung, der Justiz und dem Auswärtigen Amt ein und schilderten ihre ersten Erfahrungen.



Die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion, v. l. n. r. Beate Fischer-Glembek, Christian Braun, Wolfgang Köhler, Corinna Schmidt, Ulrike Wenig

Anschließend rundeten ein Forum, in welchem sich die freien Träger für Aus-



landsadoptionen aus Hessen und Rheinland-Pfalz vorstellten und ihre spezifischen Angebote verdeutlichten, sowie der Bericht der GZA zu Aktuellem aus dem Adoptionsbereich die Tagung ab.

Forum der freien Träger

Die Fachtagung bot viele interessante Einblicke und neue Impulse. Die durchweg gelungene Veranstaltung und entspannte Atmosphäre spiegelten die positive Zusammenarbeit der GZA mit den vielen Akteurinnen und Akteuren der Adoptionsvermittlung wider. Die GZA freut sich nun auf die weitere Kooperation und die nächsten 20 Jahre.

Marine Leick | Telefon 06131 967-274 | [Leick.Marine@lsjv.rlp.de](mailto:Leick.Marine@lsjv.rlp.de)

## „Schuldnerberatungen sind ein wichtiger Anker für Menschen in schwierigen Lebenslagen“

### Pressemitteilung des MASTD vom 21. November 2023

Steigende Lebenshaltungskosten durch hohe Energiekosten, Inflationswellen und die wirtschaftlichen Auswirkungen globaler Krisen setzen viele Menschen unter Druck und führen zu finanziellen Unsicherheiten. „Angesichts der aktuellen Herausforderungen gewinnt die soziale Schuldnerberatung zunehmend an Bedeutung. Inmitten multipler Krisen ist die soziale Schuldnerberatung ein wichtiger Anker für diejenigen in unserer Gesellschaft, die mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Die Expertenteams der Beratungsstellen sind darauf spezialisiert, individuelle Lösungen zu entwickeln und Menschen dabei zu helfen, ihre finanzielle Zukunft wieder in den Griff zu bekommen“, erklärte Sozialminister Alexander Schweitzer heute in Mainz anlässlich der 23. Fachtagung der Schuldner- und Insolvenzberatung Rheinland-Pfalz.



Sozialminister Alexander Schweitzer

Die Schuldner- und Insolvenzberatung sei ein wichtiger Baustein moderner Sozialpolitik und zugleich ein zentrales Instrument der Armutsprävention und -bekämpfung, so Schweitzer. Umso wichtiger sei eine auf den Einzelfall bezogene soziale Schuldnerberatung, die die wirtschaftliche Existenz der Betroffenen sichert, aber auch die Folgekosten wie etwa drohende Obdachlosigkeit oder Straffälligkeit vermeidet, betonte Schweitzer. Menschen in persönlichen Notlagen erhielten bei den Beratungsstellen eine qualitativ hochwertige Beratung, die über rein finanzielle Themen hinausgehe. „Oft werden auch rechtliche Fragen thematisiert oder eine psychosoziale und lebenspraktische Betreuung geleistet“, so der Minister.

Von der Gefahr der Überschuldung sind breite Bevölkerungsschichten betroffen. Allein in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2022 rund 22.500 Personen in Schuldnerberatungsstellen beraten (2021: 21.720). Mit einer Überschuldungsquote von 8,36 Prozent im Schuldneratlas 2023 der Creditreform liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld der Bundesländer. Das entspricht etwa 290.000 verschuldeten Menschen. Knapp 3.000 Personen mussten in 2022 in Rheinland-Pfalz ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnen.

Detlef Placzek, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, verwies auf die wachsende Nachfrage nach den Angeboten der Schuldnerberatung: „Längst sind es nicht mehr nur Menschen mit Sozialleistungsbezug, die die Beratung in Anspruch nehmen“, betonte er im Rahmen der Fachtagung. „Mittlerweile erreichen



die Krisen auch weitere Personengruppen, für die das Thema ‚Schuldnerberatung‘ bisher keine Rolle gespielt hat. Diese ‚neuen Armen‘ sind nunmehr Erwerbstätige, ehemals Selbstständige oder auch Rentnerinnen und Rentner, die aufgrund ihrer finanziellen Situation immer mehr in den Fokus der Beratung rücken. Der potenzielle Personenkreis für die Schuldnerberatung wächst.“

Präsident Detlef Placzek

In Rheinland-Pfalz sind 63 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen als geeignete Stellen in Verbraucherinsolvenzverfahren durch das Land anerkannt. Dazu zählen auch Fachstellen der Schuldnerberatung in der Suchtkrankenhilfe. Insgesamt 53 Beratungsstellen mit aktuell rund 82 Vollzeitstellen werden aus Landesmitteln gefördert. Das Land stellt dafür im Jahr 2023 rund 2,3 Millionen Euro bereit. Im Rahmen der zweiten Auflage des Landesonderprogramms ‚Energiekrise begegnen – Strukturen der Schuldner- und Insolvenzberatung stärken‘ können Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Rheinland-Pfalz im Winter 2023/2024 erneut eine Förderung für zusätzliche Beratungs- und Informationsangebote erhalten, um armutsgefährdeten Menschen konkrete Hilfestellung und Anleitung im Umgang mit den nach wie vor hohen Energiekosten an die Hand zu geben.

Unter dem Motto „Multiple Krisen – Neue Arme. Was bedeutet das für die Schuldnerberatung?“ beschäftigten sich die Beraterinnen und Berater der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen im Rahmen der Fachtagung gemeinsam mit weiteren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis mit der Frage, wie sich diese auf Menschen in finanziellen Notlagen auswirken und welche Herausforderungen damit für die soziale Schuldnerberatung in der Beratungspraxis verbunden sind. Der Fachtag wurde veranstaltet durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD), das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV), das Schuldnerfachberatungszentrum (SFZ) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz.



Podiumsdiskussion

Sachlich zuständig in der Abteilung Landesjugendamt:

Ralf Wetzlar | Telefon 06131 967-509 | [Wetzlar.Ralf@lsjv.rlp.de](mailto:Wetzlar.Ralf@lsjv.rlp.de)

## Arbeitstreffen der Netzwerkkoordinatorinnen nach dem Landeskinderschutzgesetz

### „Partizipation ist mehr als Beteiligung...“

... – mit dieser Aussage startete Judith Rieger von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin (KHSB) ihren Vortrag. Mit dem Thema des Arbeitstreffens „Beteiligung und Partizipation im Netzwerk“ wurde der Fokus auf einen durch die Reform des SGV VIII deutlich gestärkten Aspekt in der Kinder- und Jugendhilfe gelegt.

Beteiligung und  
Partizipation im  
Netzwerk



Auszug der PowerPoint-Präsentation

Nach der Begrüßung durch Kirsten Grogro, Referatsleiterin im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt, und einem kurzen „speed-dating“ zum Kennenlernen der vielen neuen Kolleginnen und Kollegen in den Netzwerken, startete Rieger ihren Vortrag „Partizipation in den Frühen Hilfen – was bedeutet es, Eltern an der Planung und Umsetzung zu beteiligen?“.

Judith Rieger beschäftigt sich in ihrer beruflichen Tätigkeit schwerpunktmäßig mit dem Thema der Beteiligung in der Sozialen Arbeit. Sie ist aktuell neben anderen Aufträgen an der KHSB für die Evaluation und Begleitung von Entwicklungsprozessen in Modellprojekten zuständig. Im Modellprojekt „Frühe Hilfen qualitativ gestalten: Prozessbegleitung kommunaler Netzwerke“ arbeitet Rieger für das Nationale Zentrum Früher Hilfen (NZFH).

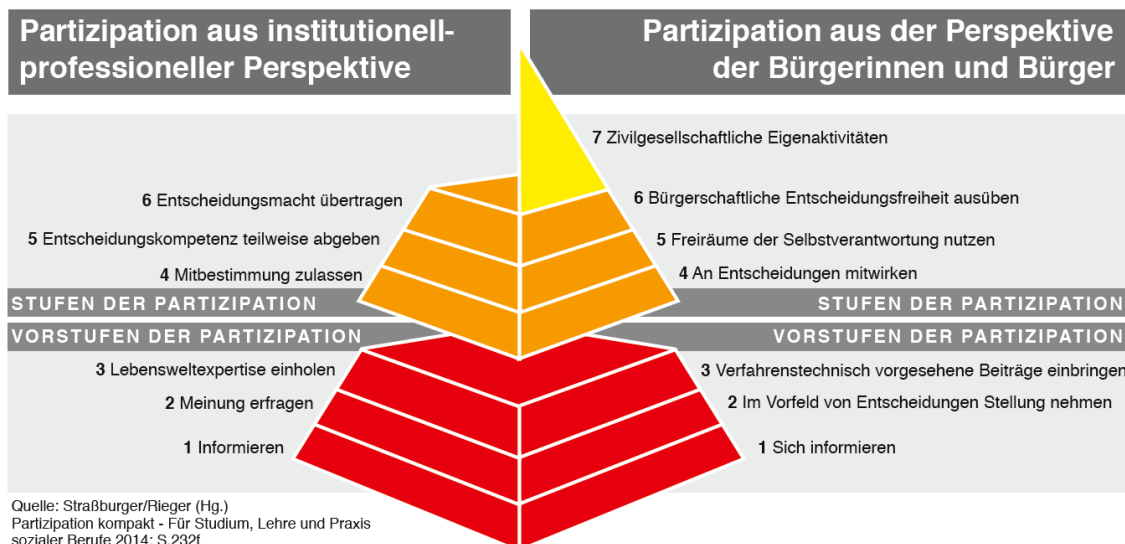
„Die Betroffenen dürfen schon mitmachen, aber wenn es darauf ankommt, dann sollten doch besser die Fachkräfte entscheiden...“, dieser Satz von Judith Rieger machte die Zuhörenden nachdenklich. Die Macht abzugeben, das bedeute Partizipation und das sei gar nicht einfach, so Rieger. Vor der intensiven Beschäftigung mit Beteiligung und Partizipation beleuchtete der Vortrag zunächst die Grundpfeiler der Professionalität einer Fachkraft. Hierzu gehören nach Rieger drei Aspekte, die immer im Kontext des institutionellen Settings betrachtet werden müssen: Fachwissen, fachliche Haltung und Fachkompetenz als Voraussetzungen für eine gelingende Partizipation.

Judith Rieger und Prof. Dr. Gaby Straßburger, ebenfalls tätig an der KHSB, forschen seit Längerem zum Thema Partizipation. Gemeinsam definieren sie Partizipation folgendermaßen: „Partizipation bedeutet, an Entscheidungen mitzuwirken und damit Einfluss auf das Ergebnis nehmen zu können. Sie basiert auf klaren Vereinbarungen, die regeln, wie eine Entscheidung gefällt wird und wie weit das Recht auf Mitbestimmung reicht.“ Durch diese Definition grenzt sich die Partizipation deutlich von anderen Formen der Beteiligung ab.

Partizipative Hilfeprozesse zeichneten sich dadurch aus, dass nicht für, sondern gemeinsam mit den Adressatinnen und Adressaten gearbeitet werde. „Bisher sei Partizipation oftmals noch sehr von der Willkür der Fachkraft abhängig und folge



institutionellen Bearbeitungslogiken, die für die Adressaten nicht nachvollziehbar sind“, so Rieger. Sie entwickelte gemeinsam mit ihrer Kollegin Straßburger die sogenannte „Partizipationspyramide“, um die unterschiedlichen Ebenen und Formen der Beteiligung bis hin zur Partizipation deutlich zu machen. Hierbei handele es sich um ein idealtypisches Modell, erläuterte Rieger.



Die Partizipationspyramide von Straßburger und Rieger

Quelle: <http://www.partizipationspyramide.de/partizipationspyramide.pdf>

Die Pyramide zeigt die Stufen der Partizipation sowohl aus der institutionell-professionellen Perspektive als auch aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. Das Modell unterscheidet zwischen den Aspekten Kommunikation und Interaktion. Während Beteiligung in den Vorstufen vorwiegend über die Kommunikation erfolgt, lebt Partizipation von der Interaktion der Fachkräfte und den Adressatinnen und

**STUFEN DER PARTIZIPATION**

**6 Entscheidungsmacht übertragen:**

AdressatInnen treffen alle wichtigen Entscheidungen selbst. Fachkräfte unterstützen und begleiten sie.

**5 Entscheidungskompetenz teilweise abgeben:**

Fachkräfte übertragen AdressatInnen in bestimmten Bereichen eine eigenständige Entscheidungsbefugnis

**4 Mitbestimmung zulassen:**

Fachkräfte und AdressatInnen besprechen anstehende Entscheidungen und stimmen gemeinsam darüber ab, was geschehen soll.

**7 Zivilgesellschaftliche Eigenaktivitäten:**

BürgerInnen organisieren sich selbst und setzen ihr Vorhaben eigenständig um.

**6 Bürgerschaftliche Entscheidungsfreiheit ausüben:**

BürgerInnen haben volle Entscheidungsmacht und treffen finanzielle, organisatorische oder inhaltliche Entscheidungen selbstbestimmt.

**5 Freiräume der Selbstverantwortung nutzen:**

BürgerInnen nehmen ihr Recht wahr, in bestimmten Bereichen finanzielle, organisatorische oder inhaltliche Entscheidungen eigenständig zu treffen.

**4 An Entscheidungen mitwirken:**

BürgerInnen treffen Entscheidungen gemeinsam mit Fachkräften.

**VORSTUFEN DER PARTIZIPATION**

**3 Lebensweltexpertise einholen:**

Fachkräfte lassen sich von AdressatInnen auf der Basis ihrer Lebensweltexpertise beraten. Es bleibt offen, ob sie deren Einschätzung bei der Entscheidung berücksichtigen.

**2 Meinung erfragen:**

Vor einer anstehenden Entscheidung bringen Fachkräfte in Erfahrung, wie AdressatInnen die Ausgangssituation, Reaktionsmöglichkeiten oder Konsequenzen einschätzen, um dies bei der Entscheidung evt. zu berücksichtigen.

**1 Informieren:**

Fachkräfte informieren AdressatInnen über eine anstehende Entscheidung und machen sie transparent.

**3 Verfahrenstechnisch vorgesehene Beiträge einbringen:**

BürgerInnen nutzen Möglichkeiten, die im Vorfeld einer Entscheidung eröffnet werden, um Kritik zu üben, Unterstützung zu leisten oder Ratschläge zu geben, allerdings ohne Garantie, dass ihre Sichtweise berücksichtigt wird.

**2 Im Vorfeld von Entscheidungen Stellung nehmen:**

BürgerInnen gehen auf Verantwortliche zu, um vor einer Entscheidung ihre Position darzulegen und ihre Sichtweise zu verdeutlichen, wobei es nicht in ihrer Hand liegt, ob ihre Meinung in die Entscheidung einfließt.

**1 Sich Informieren:**

BürgerInnen informieren sich über anstehende oder getroffene Entscheidungen und deren Hintergründe.

Adressaten. Die zentrale Fragestellung des partizipativen Ansatzes ist: Von wem werden die wichtigen Entscheidungen getroffen? Mit der Antwort auf diese Frage können sich Fachkräfte schnell selbst deutlich machen, auf welcher Stufe der Pyramide sie sich in Bezug auf die Partizipation befinden.

Übersicht über die Stufen der Partizipation

Quelle: s. o.

In der anschließenden Diskussion gelang es Rieger anhand eines Beispiels aus den Frühen Hilfen, deutlich zu machen, wie schwierig Beteiligung und Partizipation sein kann, wo aber auch die Chancen und Möglichkeiten liegen. Sie ermutigte die Fachkräfte in der Netzwerkarbeit, nach individuellen Wegen zu Beteiligung und Partizipation in den Kommunen oder Einrichtungen zu suchen.

Im Anschluss stellte Karin Papenfuß vom Nationen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) das aktuelle Modellprojekt „Frühe Hilfen qualitativ gestalten“ vor. Der Rhein-Lahn-Kreis als Modellkommune beschäftigt sich in diesem Rahmen gemeinsam mit dem NZFH intensiv mit dem Thema „Beteiligung und Partizipation von Familien“. Erste Ergebnisse sind im nächsten Jahr zu erwarten.

Wie bei jedem Arbeitstreffen fand am Ende ein Austausch mit Vertreterinnen des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) statt. Julia Koch, Referatsleiterin im MFFKI, berichtete vom „Pakt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen“. In sechs thematischen Arbeitsgruppen werden gemeinsam mit einer Fachkommission und einem Betroffenenrat bis 2024 Handlungsempfehlungen für die Landesregierung erarbeitet, um die Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt im Land weiter zu verbessern.

Melanie Münster | Telefon 06131 967-135 | [Muenster.Melanie@lsjv.rlp.de](mailto:Muenster.Melanie@lsjv.rlp.de)

## Im Gespräch mit der neuen Kollegin Hanna Aalders zum diesjährigen Fachtag „Ambulante Hilfen zur Erziehung“

Seit Anfang 2023 unterstützt Hanna Aalders im Referat 34, das u. a. für die Hilfen zur Erziehung zuständig ist, die Fachkräfte aus dem Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung, z. B. bei Regionaltreffen oder durch Fortbildungsangebote. Susanne Kros, Leiterin des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums (SPFZ) in der Abteilung Landesjugendamt, hat Hanna Aalders für das LJA Info zu ihren ersten Erfahrungen mit dem neuen Aufgabenbereich interviewt und beide tauschen sich zu ihren Eindrücken vom Fachtag „Ambulante Hilfen zur Erziehung“ aus.



Ausschnitt des Flyers der Veranstaltung

**Susanne Kros:** Frau Aalders, Sie haben sich im zurückliegenden Jahr intensiv um die Fachkräfte in den ambulanten Erziehungshilfen „gekümmert“, waren bei ihren regionalen Arbeitskreisen anwesend und haben so mitbekommen, was die Fachkräfte gerade bewegt. Was waren Ihre ersten Eindrücke?

**Hanna Aalders:** Ich konnte wirklich viele Eindrücke sammeln. Vom Norden bis in den Süden gibt es viele engagierte Fachkräfte bei freien sowie öffentlichen Jugendhilfeträgern. Wir haben uns zum einen mit der ombudtschaftlichen Struktur in Rheinland-Pfalz und der Stärkung dieser auseinandergesetzt sowie mit weiteren Themen, z. B. den Kooperationen mit den örtlichen Jugendämtern. Die Themen sind vielfältig und divers, doch eines beschäftigt alle Träger: der Bedarf an Fachkräften und weiterem Personal. Die Bedarfe in den ambulanten Hilfen steigen. Neues Personal zu gewinnen bleibt weiter eine große Herausforderung für ganz Rheinland-Pfalz.

**Susanne Kros:** Wie gut, dass wir im SPFZ-Fortbildungsprogramm für das kommende Jahr ein Schulungsangebot für diejenigen aufgenommen haben, die neu und noch nicht sehr erfahren im Arbeitsfeld der Sozialpädagogischen Familienhilfe sind. Im Juni und August 2024 bieten wir 2 x 2 Tage Fortbildung an, in denen wir schwerpunktmäßig eine Auseinandersetzung mit Haltung, Rolle sowie der Auftragsklärung vorgesehen haben, aber auch Grundlagen von Gesprächsführung und Familiensystemen vermitteln wollen.

**Hanna Aalders:** Ja, das ist auf jeden Fall ein hilfreiches Angebot. Ausführlichere Weiterbildungen für neue Fachkräfte im Arbeitsfeld bietet beispielsweise auch die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH) in Frankfurt an. Gut finde ich auch die Fortbildung zum Deeskalationsmanagement des SPFZ im nächsten Jahr, um sich mit der Entstehung von Gewalt und Aggression auseinanderzusetzen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Ich bin gespannt, wie sie angenommen wird. Wir wollen 2024 gerade im Bereich der Arbeit mit unbegleiteten Minderjährigen mehr Fortbildungen digital und in Präsenz anbieten, denn die Zahl der jungen Menschen,

die hier ankommen, ist deutlich gestiegen und die Aufgaben für die Jugendhilfe nehmen zu.

**Susanne Kros:** Außerdem wird es wieder eine landesweite Fachtagung für die Zielgruppe geben. Das wird bereits die vierzehnte sein. Vor kurzem fand die 13. Fachtagung in Mainz statt – wir hatten uns für das Schwerpunktthema „Kinderrechte“ entschieden, das sich wie ein roter Faden durch den Tag zog. Was denken Sie, war das Thema eine gute Wahl?

**Hanna Aalders:** Kinderrechte bilden für mich die Essenz, eine Art Grundstein für die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Denn durch diese Rechte, die seit vielen Jahren in der UN-Kinderrechtskonvention verankert sind, können Kinder und Jugendliche Präsenz, Stärke und Gleichgewicht erfahren. Gerade die Fachkräfte in den ambulanten Hilfen sind in ihrer Arbeit mit Familien mit unterschiedlichen Themen wie Medien, Gesundheit, Beziehungen, Rituale, oder Wohnsituationen konfrontiert. Das sind alles Schnittstellen, die unsere Fachkräfte wahrnehmen und verarbeiten müssen.

**Susanne Kros:** Spannend war für mich, dass die Referentin des Vormittags, Dr. Katharina Gerarts von der Internationalen Hochschule Mainz, nicht nur theoretisch über Kinderrechte, Beteiligung und Kinderschutz referiert hat, sondern mit Biografiearbeit und Kleingruppenarbeit die Fachkräfte zum Nachdenken angeregt hat. Da ein Schwerpunkt ihres Vortrags „Macht und Adultismus“ war, fand ich es sehr sinnvoll, dass sich die Fachkräfte, methodisch angeleitet, in die Situation hineinversetzt haben, als sie selbst Kind waren, also einen Perspektivwechsel vorgenommen haben. Später ging es im Vortrag im engeren Sinne um Kinderschutz und Kinderrechte. Gerarts wies darauf hin, dass nicht nur der Schutz in Gefährdungssituationen sicherzustellen ist, sondern auch umfassende Förder- und Beteiligungsrechte.



Hauptreferentin Prof. Gerarts

**Hanna Aalders:** Kinderschutz und Kinderrechte müssen zusammen gedacht werden. Nur wenn wir in unserem professionellen Handeln diese Rechte mitdenken und in den Arbeitsalltag integrieren, kann der Schutz der Kinder und Jugendlichen meiner Meinung nach gewährleistet sein. Wer sich gesehen und ernst genommen fühlt, kann sich sicherer fühlen. Dann kann dort Hilfe ankommen, wo sie benötigt wird.

**Susanne Kros:** Am Nachmittag konnten die Teilnehmenden zwischen drei vertiefenden Foren wählen: Gesundes Aufwachsen, Mediennutzung und der Blick auf geflüchtete Familien. Hatten Sie Gelegenheit, in die Foren reinzuschnuppern?

**Hanna Aalders:** In einem Forum zum Thema Medien wurde viel Raum gegeben, über das Spannungsfeld Medien – Mediennutzung – Privatsphäre – Grenzen zu diskutieren. Viele Fachkräfte sehen in der Nutzung von bestimmten Medien Chancen zur Teilhabe, sowie eine gute Möglichkeit, in Kontakt zu bleiben, vor allem mit Jugendlichen. Demgegenüber steht aber auch eine Gefahr der übermäßigen

Mediennutzung vieler Jugendlicher und Erwachsener sowie der Abwendung von der Realität in eine mediale „Scheinwelt“. Weiterhin wurden Themen wie Datenschutz und die Nutzung Sozialer Medien in der Rolle als Fachkraft kontrovers besprochen. Letztlich sind Medien aus heutiger Sicht ein großer Bestandteil unserer Lebenswelt, auf die Kinder und Jugendliche ein Recht haben. Dieses Recht endet aber, wenn die Nutzung Kinder und Jugendliche gefährdet, denn sie haben auch ein besonderes Recht auf Schutz und gesundes Aufwachsen. Dies gilt auch für die Gruppe der geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die teilweise (stark) traumatisiert in Deutschland ankommen. In diesem Forum konnten anhand eines Projekts „Familiencoach“ der Stiftung Juvente Mainz praktische Beispiele im Umgang mit geflüchteten Familien benannt werden. Die Teilnehmenden konnten darüber Ideen und Ansätze für ihre eigene Praxis entwickeln. Auch hier ist das Recht auf besonderen Schutz und die Unterstützung von Geflüchteten sowie das Recht auf Bildung und Teilhabe in der Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

**Susanne Kros:** Mein Eindruck war, dass die Fachkräfte richtig viel konkretes Handwerkszeug mitnehmen konnten. Im Forum, in dem es um „Psychisch gesund aufwachsen als Kinderrecht“ ging, habe ich mitbekommen, dass die Teilnehmenden Beispiele präsentiert bekamen, wie Kinder und Jugendliche gestärkt werden können. Hängen geblieben ist bei mir z. B. das „Halt-Stopp-Stachelschwein“, das sich traut, „Nein“ zu sagen, wenn es etwas nicht möchte.  
Was wird das Schwerpunktthema im nächsten Jahr sein?

**Hanna Aalders:** Dazu wird an dieser Stelle noch nichts verraten. Der Termin steht aber bereits: 4. September 2024, wieder in Mainz. Die inhaltlichen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, und wir werden aus Vertretungen der Arbeitskreise Nord und Süd fachlich unterstützt.

Hanna Aalders | Telefon 06131 967-366 | [Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de](mailto:Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de)

Susanne Kros | Telefon 06131 967-130 | [Kros.Susanne@lsjv.rlp.de](mailto:Kros.Susanne@lsjv.rlp.de)

## Die Landesdemokratiekonferenz Rheinland-Pfalz am 10. Oktober 2023 in Bad Kreuznach

„Die Frauenfrage in der Gegenwart ist eine akute geworden. Auf der einen Seite werden die Ansprüche immer radikaler, auf der anderen die Abwehr immer energischer. Letzteres ist erklärlich. Je dringender die Gefahr der Fraueninvasion in das Reich der Männer sich gestaltet, je geharnischer treten ihr die Bedrohten entgegen.“

– Hedwig Dohm, Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung, 1902

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Antifeminismus ein gesellschaftliches Phänomen, welches als Reaktion auf die Frauenbewegung aufkam. Auch heute noch stellt Antifeminismus eine Scharnierfunktion zwischen bürgerlich konservativen und extrem rechten Positionen dar.

In ihrem Fachvortrag auf der Landesdemokratiekonferenz zum Thema „Incels und Antifeminismus“ gab Nicola Rosendahl von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus – Regionalstelle West den Teilnehmenden einen Einblick in die verschiedenen Themenfelder, in denen Antifeminismus auftaucht. So werden beispielsweise Geschlechterdiversität abgelehnt, die traditionelle heteronormative Kleinfamilie besonders verteidigt oder Frauen in der Öffentlichkeit, z. B. auf Social Media, angegriffen und sexistisch abgewertet. Die Leipziger Autoritarismus-Studie stellte 2020 fest, dass jeder vierte Mann und jede zehnte Frau in Deutschland ein geschlossenes antifeministisches Weltbild aufweisen. Dabei ist das antifeministische Weltbild ein integraler Bestandteil rechtsextremistischer Ideologien sowie der Incels-Subkultur. Incels ist eine Selbstbezeichnung junger heterosexueller Männer, von denen die Mehrheit ein toxisches Männlichkeitsbild verkörpern. In ihrem Weltbild teilen Incels Menschen nach Attraktivität in Gruppen ein und sind davon überzeugt, dass das Aussehen darüber entscheidet, ob man sexuelle Erfahrungen macht. Dieses negativ geprägte Weltbild projizieren sie vor allem auf Frauen, welche sie als physisches Eigentum von Männern ansehen, mit dem beliebig umgegangen werden kann. Wenngleich Incels und Antifeministen nicht pauschal als rechtsextremistisch bezeichnet werden können, so dient Frauenhass jedoch als Türöffner für rechtsextremistische Denkmuster. So bewegen sich Incels online, tauschen sich in anonymen Foren aus und manifestieren ein Weltbild, welches oft primär von Frauenhass, Antisemitismus, Rassismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit geprägt ist. Sie fühlen sich in ihrer Selbstwahrnehmung von Frauen und der Mehrheitsgesellschaft zurückgewiesen.

In drei Workshops konnte das Wissen der Teilnehmenden vertieft werden. So wurden im Workshop „Unravel the patriarchy – Wie reaktionäre Geschlechterbilder Antifeminismus und Rechtsextremismus verknüpfen“ von Katharina Mosene, assoziierte Forscherin im Leibniz-Institut für Medienforschung, die ideologischen Überschneidungen von Antifeminismus und Rechtsextremismus mit Blick auf Geschlechterhierarchien und traditionelle Geschlechterrollen beleuchtet.

Leonard Heibel („Firewall – Hass im Netz begegnen“ der Amadeu Antonio Stiftung) tauchte mit seinem Workshop „Wider der männlichen Suprematie – Strategien und Handlungskonzepte gegen Misogynie online“ in antifeministische Online-Subkulturen ein.

Arne Steinberg (Journalist, Correctiv / EyeOpening.Media GmbH) zeigte in seinem Workshop, wie Rechtsextreme Instagram für ihr Recruiting nutzen. Er war Teil des Correctiv-Rechercheteams zum Thema „Kein Filter für Rechts – Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren“, so auch der Titel seines Workshops. Ein Fokus wurde dabei auf Antifeminismus in Online-Subkulturen gelegt. Die rechte Szene habe Strategien entwickelt, um den Instagram-Algorithmus erfolgreich zu bedienen und schaffe es mithilfe von Hashtags wie #heimatverliebt, ihre radikalen Inhalte zu verbreiten. Das hier transportierte Frauenbild von sexy bis mütterlich werde u. a. von Frauen selbst dargestellt. So lautet der Instagram-Slogan von Anna Leisten, Vorsitzende der Jungen Alternative Brandenburg: „Zwischen Rechtsextremismus und Aperol Spritz“. Ein Satz der irritiert, aber im Kopf bleibt. Sie geht sehr offen mit ihrer politischen Einstellung auf ihrem Instagramkanal um und zeigt eine bunte Mischung aus Politik- und Freizeit-Beiträgen. Eindrucksvoll zeigte Arne Steinberg auf, wie groß das Netz der Rechten auf Social Media ist und wie die Rechten mit Hilfe von Emojis, Hashtags und Memes miteinander verbunden bleiben. Zugleich werde mit einer Mischung aus Freizeitbildern und Bildern mit subtilen Botschaften versucht, junge Menschen anzusprechen. Aber auch offensichtliche rechte Ideologien würden geteilt. Frauen seien die Aushängeschilder rechtspopulistischer Gruppen und werben mit professionellen Fotos für rechte Modelabels oder in Kampagnen um neue Mitglieder. Rechtsextreme Gruppen setzten auf Lifestyle-Postings und rechte Influencerinnen, um junge Menschen ihre Ideologie zu verkaufen.

Mehr zu den Ergebnissen der Correctiv-Recherche finden Sie auch hier:  
<https://correctiv.org/top-stories/2020/10/14/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-afd-ib-verbindungen/>

Stephanie Eckert | Telefon 06131 967-503 | [Eckert.Stephanie@lsjv.rlp.de](mailto:Eckert.Stephanie@lsjv.rlp.de)

## Jugendlichen internationale Erfahrungen ermöglichen sowie Youthwork-Fachkräftedebatte führen – Jugendarbeit zwischen lost im Alltag und Arroganz?

„Zwischen Arroganz und lost im Alltag“ kommentierte Julia Herrig, Fachkraft aus dem Kreis Trier-Saarburg das Verhältnis zur internationalen Jugendarbeit, bzw. zur europäischen Fachkräftedebatte Youthwork. Wie kam es dazu?

Die Jahrestagung der Fachkräfte der kommunalen Jugendarbeit fand in diesem Jahr in Pirmasens statt. Ziel von Rudi Neu, Fachberater für Jugendarbeit in der Abteilung Landesjugendamt, war es, die Fachkräfte der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz dazu zu gewinnen, Jugendlichen mehr internationale Erfahrungen z. B. durch multilaterale Jugendfreizeiten zu ermöglichen. Zudem wollte er die europäische Jugendarbeitsdebatte, die er in Stockholm im Rahmen der Tagung „Kommune goes International“ kennengelernt hatte, zur rheinland-pfälzischen Qualitätssicherung nutzen ([Aktuelle Beiträge zu Kommune goes International \(ijab.de\)](http://ijab.de)).

### Internationale Erfahrungen besonders prägend

Als Einstieg wurden die Fachkräfte aufgefordert, sich über ihre internationalen Erfahrungen auszutauschen. In der Debatte äußerten alle Beteiligten, dass diese konkreten internationalen Erfahrungen sich besonders prägend und nachhaltig positiv auf ihren weiteren Lebensweg ausgewirkt hatten.

### Forschungsergebnisse Zugänge und Barrieren

Dies bestätigen die Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft. Claudius Siebel von JUGEND für Europa, der deutschen Nationalagentur diverser Programme, u. a. von EARSMUS+, skizzierte die zentralen Erkenntnisse der sogenannten „Zugangsstudie“ und verwies auf folgende Kernaussagen:

- Es ist davon auszugehen, dass 63 Prozent aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein potenzielles Interesse an Formaten des internationalen Jugendaustauschs haben.
- Das Interesse der Jugendlichen, an einem Format des internationalen Jugendaustausches teilzunehmen, ist generell nicht von ihrer Milieuzugehörigkeit abhängig. Interessierte Jugendliche finden sich in allen Milieus (Grundlage: Modell der SINUS-Lebenswelten).
- Auf der Repräsentationsebene kursieren und reproduzieren sich bestimmte Bilder über Jugendliche, die sich als Zugangsbarrieren manifestieren. Dazu zählen die Kategorisierung von Jugendlichen nach einer binären Struktur (bspw. „benachteiligt“ und „nicht-benachteiligt“, „politikfern“ und „nicht-politikfern“, „behindert“ und „nicht behindert“) und die Auswahl der teilnehmenden Jugendlichen auf der Grundlage von Benehmen, Verhalten und Kontakt zu Schlüsselpersonen. Das bedeutet, Benachteiligung wird als Kategorie und individuelles Defizit konstruiert (diskursive Hürden).



- Auf der Organisationsebene entstehen Barrieren durch bürokratische und aufwändige Förderstrukturen, die Komplexität der Anträge, mangelnde finanzielle Ausstattung der Internationalen Jugendarbeit und eine bislang unzureichende Stärkung der Internationalen Jugendarbeit auf lokaler Ebene (Quelle: ([Zugangsstudie – Warum nicht? Studie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren](#)), [Erkenntnisse der Zugangsstudie – Zugangsstudie](#)).

Internationale Jugendarbeit wirkt. Dazu finden sich umfangreiche Forschungen und Veröffentlichungen ([IJAB-Bestellservice](#)).

### **Geld ist da**

Anschließend zeigte Claudius Siebel anhand der Europäischen Förderprogramme Erasmus + Jugend und Europäisches Solidaritätskorps ([Erasmus+ Jugend \(erasmus-plus-jugend.de\)](#)) auf, dass, entgegen der Entwicklungen auf der kommunalen Ebene, Gelder im ausreichenden Maße für internationale Maßnahmen zur Verfügung stehen, die zum Teil nicht abgerufen werden.

### **Unterstützung ist da**

Roman Thieltges von der Fachstelle Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB) ergänzte den Beitrag und bot den Teilnehmenden Beratung und Unterstützung an. Die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure im Feld ist einer seiner weiteren Aufgabenschwerpunkte. Bei dem eingangs erwähnten „Kommune goes International“ handelt es sich um ein Netzwerk europäischer Akteurinnen und Akteure internationaler Jugendarbeit, die aus ihrer jeweiligen (kommunalen) Perspektive vielfältigen Nutzen für ihre Arbeit vor Ort ziehen ([Aktuelle Beiträge zu Kommune goes International \(ijab.de\)](#)).

Eines der ausgewählten Vorzeigeprojekte internationaler Jugendbegegnungen war der vom Bürgermeister der Stadt Neustadt an der Weinstraße über die Städtepartnerschaften initiierte Jugendaustausch. Franziska Haubert präsentierte ihr trinationales Musikprojekt „Internationale Jugendbegegnung Neustadt an der Weinstraße 2022: Uptown Funk Master“, in dem Jugendliche sich mit dem Thema „Freundschaft“ auseinandersetzen konnten und die Ergebnisse beeindruckend in Wort, Ton und Bild fassten (<https://www.youtube.com/watch?v=0BapvVJpCQg>). Mit dem Thema Musik und den eingangs festgestellten „63 Prozent der Jugendlichen haben Interesse...“ war klar, dass z. B. eine internationale Maßnahme mit dem Schwerpunkt Musik den gesetzlichen Auftrag, an den Interessen von Jugendlichen anzuknüpfen (§ 11 SGB VIII), doppelt erfüllt. Ebenso bot die vom Bürgermeister eingeforderte Städtepartnerschaft die notwendige politische Unterstützung, um sich als Fachkraft im Rahmen internationaler Jugendarbeit zu engagieren. Der weitverbreitete Mythos „Urlaub auf Arbeitszeit“ konnte damit fachlich sowie im Ergebnis nachhaltig aufgelöst werden.

Am zweiten Tag der Veranstaltung startete Prof. Dr. Katrin Klein-Zimmer ihren Vortrag mit der Differenzierung des Youthwork-Verständnisses auf europäischer Ebene in Abgrenzung zur deutschen Jugendarbeit. Tendenziell ist auf der europäischen Ebene die Jugendsozialarbeit im Youthwork-Begriff implizit. Arbeitsmarktpolitische Perspektiven

haben auf europäischer Ebene eine Tradition. Mit dem Titel „Europäische Youthwork Agenda und Bonn-Prozess: Stärkung von Youthwork (Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit) in Rheinland-Pfalz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Europa“ brachte Klein-Zimmer den Fachkräften das Handlungs- und Forschungsfeld Youthwork durch eine Unterteilung in Strukturen/Akteurinnen und Akteure, Wissen und Begegnungen näher.

Als Strukturen wurden der Europarat und die EU-Institutionen sowie deren Programme identifiziert; des Weiteren die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, wie z. B. das European Youth Forum. Für den Bereich Wissen wurde z. B. die Plattform [youthwiki.eu](http://youthwiki.eu) vorgestellt. Sie versteht sich als Online-Enzyklopädie zur Jugendpolitik in den Staaten Europas. Abgebildet werden umfassende Informationen zur Politik sowie zu Strukturen und Maßnahmen bei der Unterstützung junger Menschen ([Youth Wiki \(ijab.de\)](http://Youth Wiki (ijab.de))).

Für den Bereich Begegnungen, die als Orte des Austausches und der Weiterentwicklung von Youth Work/European Youth Work zu verstehen sind und die sich in erster Linie an die „community of praxis“ richten, wurden unter anderem

- die European Youth Work Convention und
- die European Youth Work Agenda und der damit verknüpfte Bonn-Prozess zur Weiterentwicklung und Stärkung von Youth Work

vorgestellt ([JUGEND für Europa – European Youth Work Agenda \(Bonn-Prozess\) \(jugendfuereuropa.de\)](http://JUGEND für Europa – European Youth Work Agenda (Bonn-Prozess) (jugendfuereuropa.de))).

Bei „Europe goes local“ handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der nationalen Agenturen für die EU-Jugendprogramme und ihre Partner. Ziel ist es, die Qualität der lokalen Jugendarbeit zu fördern, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit von kommunalen Akteurinnen und Akteuren auf internationaler Ebene ([Europe Goes Local | nationale Agentur für Erasmus+ und ESK \(erasmusplus.at\)](http://Europe Goes Local | nationale Agentur für Erasmus+ und ESK (erasmusplus.at))).

Fachlich wurde ein „Eisberg“ sichtbar, dessen Tiefe nur erahnt wurde. Die Haltung, „Können/machen wir eh schon alles“ wich der Erkenntnis der eigenen Arroganz in Unterschätzung der aufgezeigten europäischen Debatten und Lernfelder. Positiv formuliert stieg die Motivation, die potentielle Lernerfahrung zu nutzen und weitere nachhaltige internationale Begegnungen auf der Fachkräfteebene als auch für die Jugendlichen zu ermöglichen. Nun muss es darum gehen, die Strukturqualität auszubauen und die politische und fachliche Unterstützung vor Ort für Internationale Jugendarbeit / Youthwork zu stärken. Synergieeffekte und dabei möglichst viele Interessen gleichzeitig zu bedienen, wäre ein pragmatischer Weg, wie am Beispiel des Neustädter Musikprojektes aufgezeigt wurde.

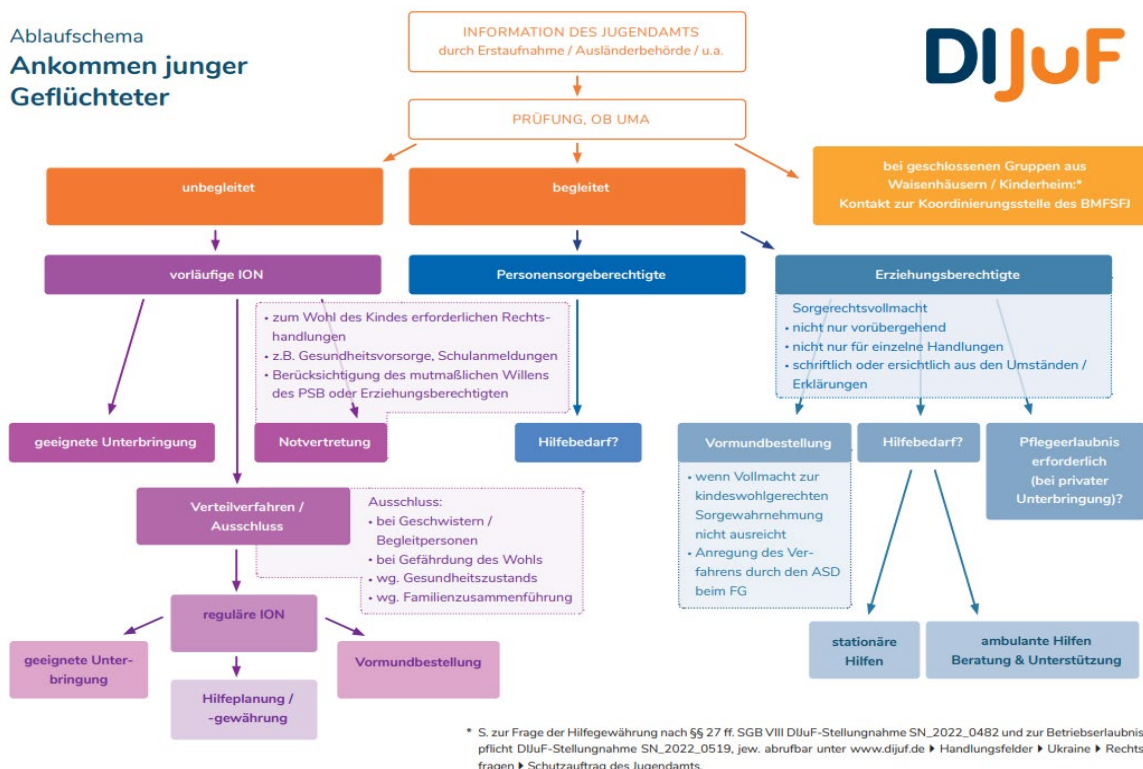
Rudi Neu | Telefon 06131 967-263 | [Neu.Rudi@lsjv.rlp.de](mailto:Neu.Rudi@lsjv.rlp.de)

## Ankommen in Deutschland – Der Weg für unbegleitete Minderjährige von der Einreise bis zu einem gültigen Aufenthalt?!

Die aktuellen Zahlen und Entwicklungen zeigen, dass immer mehr junge Menschen ohne Eltern in Deutschland und in Rheinland-Pfalz ankommen. Diese gilt es zu versorgen, unterzubringen und dem Kindeswohl entsprechend in den Phasen des Ankommens zu unterstützen. Diese wichtigen Aufgaben werden durch die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme gem. § 42a SGB VIII, der Inobhutnahme gem. § 42 SGB VIII und der Leistungsgewährung gem. §§ 27 ff. SGB VIII umgesetzt.

Damit diese aktuellen Herausforderungen bewältigt werden können, benötigen die Fachkräfte Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten sowie Qualifizierungsangebote. Darum wurden in diesem Jahr durch die Servicestelle Junge Geflüchtete, einem Projekt des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH, in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt, mehrere Online-Schulungen zum Verfahren bei der Ankunft von jungen Menschen angeboten. Über 75 Fachkräfte der öffentlichen Jugendhilfe konnten sich in den Seminaren zu den einzelnen Schritten und Aufgaben in den Phasen des Ankommens der jungen Menschen fortbilden, Fragen stellen und dazu in den Austausch gehen.

Das folgende Ablaufschema stellt eine hilfreiche Übersicht der einzelnen Schritte dar, welches vom Deutschen Institut für Jugend und Familie (DIJuF) veröffentlicht wurde.



Ablaufschema

Quelle: [DIJuF Ablaufschema Ankommen junger Geflüchteter 2022-03-24 aktualisiert.pdf](#)

Die vorläufige Inobhutnahme stellt in der Kinder- und Jugendhilfe eine Besonderheit dar, da sie nur für unbegleitete Minderjährigen gilt und zur Klärung der Verteilung der Inobhutnahme vorgeschaltet ist. Im Rahmen dieser Prüfung der „Verteildfähigkeit“ der/des unbegleiteten Minderjährigen müssen Informationen und Fakten zur Altersfeststellung, zu Familie und Angehörigen im In- bzw. Ausland und zum Gesundheitszustand ermittelt werden. Über allem steht der Grundsatz des Kindeswohls gem. § 42a Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII.

Nach der Prüfung wird die Verteilung durch die Landesstelle durchgeführt. Das ggfs. neu zuständige Zuweisungsjugendamt muss im Rahmen der Inobhutnahme gem. § 42 Abs. 3 S. 4 SGB VIII unverzüglich die gesetzliche Vertretung der/des Minderjährigen klären. Das beinhaltet, das Ruhen der elterlichen Sorge gem. § 1674 BGB sowie eine Vormundbestellung gem. §§ 1773 ff. BGB beim zuständigen Amtsgericht anzuregen. Weiterhin müssen unter anderem Unterbringung und Beschulung besprochen und geklärt werden, bis es zu einer endgültigen Leistungserbringung, z. B. von Hilfen zur Erziehung, kommt. Sobald im Rahmen der Inobhutnahme ein Vormund durch das Amtsgericht bestellt wurde, ist dieser als gesetzlicher Vertreter der/des unbegleiteten Minderjährigen für alle Belange im Rahmen der Personen- und Vermögenssorge verantwortlich. Dies beinhaltet neben dem Antrag auf Leistungen zur Hilfe zur Erziehung, Schul- und Ausbildungstätigkeiten und Gesundheitsversorgung auch die rechtliche Vertretung im Rahmen des Asylverfahrens oder bei der Ausländerbehörde.

Aufgrund der Komplexität im Ausländer- bzw. Aufenthaltsrecht ist daher eine gute Vorbereitung für die Fachkräfte, die mit unbegleiteten Minderjährigen arbeiten, von großer Bedeutung. Dies unterstützte das Landesjugendamt in diesem Jahr mit drei Seminaren zum Thema „Neuerungen im Ausländerrecht/Aufenthaltssicherung von unbegleiteten Minderjährigen“. Dort konnten mehr als 80 Fachkräfte der öffentlichen und freien Jugendhilfe geschult werden. Referent war Dr. Jonathan Leuschner, Fachanwalt für Migrationsrecht in Frankfurt am Main. In seinem Vortrag machte er die Herausforderungen und Möglichkeiten im Rahmen eines Asylverfahrens oder Alternativen bei einem gescheiterten Asylverfahren deutlich.

Flyer der Veranstaltung



Mit der Frage, ob ein Asylantrag gestellt wird oder nicht, müssen sich die Fachkräfte der Sozialen Dienste, vor allem aber in der Vormundschaft, intensiv beschäftigen, um mit den jungen Menschen frühzeitig über die Fluchtgründe ins Gespräch zu gehen. Viele Faktoren sind bei der Abwägung, ob ein Antrag auf Asyl gestellt wird oder die Aufenthaltssicherung über andere Wege erreicht wird, essentiell.

Der Asylantrag muss durch den gesetzlichen Vertreter schriftlich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt werden. Spätestens mit Antragstellung wird der/dem Minderjährigen ein Duldungsdokument von der zuständigen Ausländerbehörde ausgestellt.

Im Asylverfahren durch das BAMF gibt es bei Minderjährigen mehrere Besonderheiten:

1. Die Anhörung wird durch Sonderbeauftragte für Minderjährige durchgeführt und
2. das gesamte Antragsverfahren, in besonderen Ausnahmefällen auch die Anhörung selbst, werden schriftlich durchgeführt.

Die Anhörung zählt als wichtiger Baustein im Asylverfahren und muss daher professionell durch die Fachkräfte in der Vormundschaft gemeinsam mit den unbegleiteten Minderjährigen vorbereitet werden. Dafür können die pädagogischen Fachkräfte der freien Träger zur Unterstützung in die Gespräche miteinbezogen werden. Zentrale Elemente der Anhörung sind formale Fragen und die Befragung zu den Fluchtgründen. Für die formalen Fragen kann der Fragebogen vorab zur Vorbereitung beim BAMF angefordert werden. Der wichtigste, aber auch der schwierigste Teil für alle Beteiligten ist die Befragung zu den Fluchtgründen. Hierzu ist keine genaue Form vorgegeben, die Kriterien dazu sind aber herausfordernd: Die Fluchtgeschichte soll wahrheitsgemäß, chronologisch, detailliert, „lebensnah“, widerspruchsfrei und vollständig dargestellt werden.

Bei einem positiven Bescheid über den Asylantrag kann je nach Schutzstatus ein Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde ausgestellt werden. Jeder Schutzstatus hat unterschiedliche Voraussetzungen für den Familiennachzug, die Dauer der Ausstellung und weitere Ansprüche.

Der größte Teil an unbegleiteten Minderjährigen mit positivem Asylbescheid erhält den Schutzstatus Zuerkennung nach Flüchtlingseigenschaft gem. § 60 Abs. 1 AufenthG i.V.m. §§ 3ff. AsylG oder Zuerkennung nach subsidiärem Schutz gem. § 60 Abs. 2 AufenthG i. V. m. § 4 AsylG.

	Flüchtlingsschutz	Subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbote
<b>Aufenthalts- erlaubnis</b>	§ 25 Abs. 2 1. Alt. AufenthG	§ 25 Abs. 2 2. Alt. AufenthG	§ 25 Abs. 3 AufenthG
<b>Erste AE ausgestellt für</b>	3 Jahre	i.d.R. 1 Jahr	i.d.R. 1 Jahr
<b>Zugang zur Niederlassungs- erlaubnis</b>	Unter hohen Voraussetzungen bereits nach 3 Jahren; Keine Pflichtbeiträge Rentenversicherung erforderlich	Nach 5 Jahren unter hohen Voraussetzungen (keine Erleichterungen)	Nach 5 Jahren unter hohen Voraussetzungen (keine Erleichterungen)
<b>Familien- zusammen- führung</b>	Ja (bei Ehegatten-, Kinder- und Elternnachzug 3-Monats-Fristen beachten!)	Kontingentregelung (1000/Monat)	Kein Anspruch (nur in Ausnahmefällen möglich)
<b>Anspruch auf Reiseausweis von der ABH</b>	Ja (blauer Pass)	Nein. Regelmäßig Diskussionen über die Zumutbarkeit der Nationalpassbeschaffung - Falls nachgewiesen: Grauer Pass!	Nein. Regelmäßig Diskussionen über die Zumutbarkeit der Nationalpassbeschaffung - Falls nachgewiesen: Grauer Pass!

Übersicht über die verschiedenen Asylstatus

(Darstellung aus der Dokumentation von Dr. Jonathan Leuschner Stand: 10/2023)

Wie oben in der Tabelle aufgeführt, ist das Thema der Familienzusammenführung, welches eine der zentralen Fragen der unbegleiteten Minderjährigen ist, komplex und nicht für jeden Schutzstatus ohne weiteres möglich. Eine Chance auf Familienzusammenführung gibt es aktuell nur mit Flüchtlingsschutz oder subsidiärem Schutz, wobei letzterer mit einer Kontingentregelung und weiteren Hürden quasi kaum umsetzbar ist.

Durch aktuelle Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) wurde für unbegleitete Minderjährige mit zuerkannter Flüchtlingseigenschaft oder im laufenden Asylverfahren eine große Chance zur Familienzusammenführung ermöglicht. Nach [EuGH C-273/20 und C-355/20](#) vom 1. August 2022 gelten die Maßgaben der Familienzusammenführung für den Zeitpunkt der Antragsstellung, also der Minderjährigkeit. Die Familienzusammenführung muss daher nicht, wie bei allen anderen Regelungen im Aufenthaltsrecht, innerhalb der Minderjährigkeit abgeschlossen sein. Bei einem Abschiebungsverbot oder einem negativen Bescheid des Asylantrags ist eine Familienzusammenführung in der Regel ausgeschlossen.

Bei negativem Bescheid eines Asylantrags muss der gesetzliche Vertreter die aktuelle Lage im Herkunftsland stets im Blick haben und ggfs. in Widerspruch beim zuständigen Gericht (in Rheinland-Pfalz beim Verwaltungsgericht Trier) gehen oder einen Folge- bzw. Zweit Antrag beim BAMF stellen.

Sofern von Beginn an die Abwägung gegen die Antragsstellung eines Asylverfahrens fiel oder keiner der o. g. Schritte möglich ist, können weitere wichtige aufenthaltssichernde Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz relevant werden. Diese sind vor allem bei guter Integration, Schulbesuch bzw. Ausbildung für Minderjährige anzustreben.

[Hier](#) ist eine gute Übersicht zu Voraussetzungen zum Bleiberecht nach § 25a AufenthG für "gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende" zu finden. Weitere Bleiberechtsmöglichkeiten und nähere Informationen hierzu sind [hier](#) aufgeführt.

Grundsätzlich muss in jedem Fall eine aufenthalts- und asylrechtliche Einzelfallprüfung dem Kindeswohl entsprechend von den Fachkräften durchgeführt werden. Die hier genannten Themen sind nicht abschließend zu betrachten und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Gerade im Aufenthaltsrecht kommen in nächster Zeit weitere Änderungen hinzu, z. B. durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, die es zu beachten gilt.

Weitere Grundlagen- und Aufbau Seminare zu Themen wie Familienzusammenführung und Aufenthaltssicherung sind für das Jahr 2024 in Kooperation mit der Servicestelle Junge Geflüchtete in Vorbereitung. Ein gesonderter Flyer mit Anmelde-möglichkeiten wird Anfang 2024 erscheinen. Sofern Sie Anregungen oder Fragen zu den Themen haben, wenden Sie sich gerne an das Kompetenzzentrum umA der Abteilung Landesjugendamt.

Weiterführende und hilfreiche Links zur Vertiefung:

- [Kompetenzzentrum umA Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung \(rlp.de\)](#)

- [Servicestelle Junge Geflüchtete \(servicestelle-junge-gefluechtete.de\)](https://servicestelle-junge-gefluechtete.de)
- [BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Unbegleitete Minderjährige](https://bamf.de)
- [asylerstantrag-schriftlich.pdf \(bamf.de\)](https://bamf.de/asylerstantrag-schriftlich.pdf)
- [Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - BumF \(b-umf.de\)](https://bumf.de)
- [Junge Geflüchtete | DIJUF](https://www.dijuf.de)
- [Informationsverbund Asyl & Migration - Unbegleitete Minderjährige](https://www.informationsverbund-asyl-migration.de)
- [GGUA - Qualifizierung der Flüchtlingsberatung -: Übersichten und Arbeitshilfen \(einwanderer.net\)](https://einwanderer.net)
- [Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft](https://www.bundesforum-vormundschaft-und-pflegschaft.de)

Hanna Aalders | Telefon 06131 967-366 | [Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de](mailto:Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de)

## „Jugendarbeit verleiht eigenständiger Jugendpolitik Flügel?!“

So lautete der Titel der Abschlusstagung von „JES! mit PEP vor Ort 3“.

Das Jugendministerium unterstützte im Rahmen der Landesstrategie JES! die beteiligten Kommunen durch ein eigenes Förderprogramm und bewilligte die Gelder für das in der Trägerschaft des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) stehende und von der Fachberatung Jugendarbeit koordinierte Praxisentwicklungsprojekt (PEP). Es handelte sich hierbei um das dritte Modellprojekt, das der LJHA mit fortgeschriebener Konzeption realisieren konnte. Albrecht Bähr, Vorsitzender des LJHA, begrüßte von Seiten des Projektträgers die gut siebzig Teilnehmenden und betonte, dass es von entscheidender Bedeutung sei, dass die Stimme von Jugendlichen und ihre Bedürfnisse gehört werden und in politische Entscheidungsprozesse einfließen müssten. Als Experten ihres Lebens sollten ihre Perspektiven ernst genommen und in einer eigenständigen Jugendpolitik mit einbezogen werden. Jugendpolitik von und mit Jugendlichen (weiter-) zu entwickeln sei jedoch nicht nur für junge Menschen wichtig, sondern stärke auch den Erhalt unserer Demokratie, so Albrecht Bähr.

Jugendministerin Katharina Binz knüpfte nahtlos daran an und begrüßte die zahlreichen Vertretenden der Politik, wie z. B. Mitglieder des Landtags sowie des LJHA. Als Vertreterin der Landesregierung skizzierte sie die rheinland-pfälzische Jugendstrategie JES! Jung.Eigenständig.Stark.

Leitziele der Strategie sind

- die Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft,
- die Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume sowie
- die Gewährleistung der Mitbestimmung und Stärkung der Partizipation.



Ministerin Binz übergibt die Urkunde für den Landkreis Alzey-Worms

Um was ging es in dem Projekt?

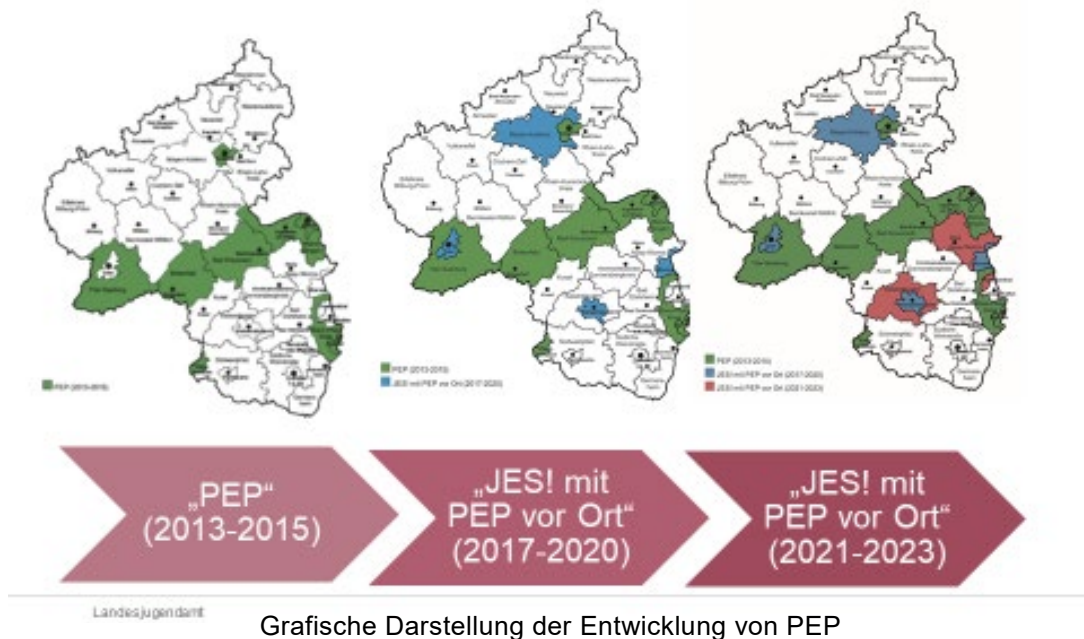
Zentrale Aufgabe war es, eine Jugendpolitik von und für Jugendliche zu entwickeln und in den teilnehmenden Kommunen nachhaltig umzusetzen.

Adressatinnen und Adressaten der Qualifizierung waren ausgewählte Fachkräfte der Jugendarbeit innerhalb der jeweiligen Kommunen. Bei acht Treffen unter wissenschaftlicher Begleitung wurden auf Basis von Politikfeld- und Netzwerkanalysen Projekte entwickelt und sich darüber ausgetauscht, um so voneinander als Lerngruppe zu profitieren. Zurück in den Kommunen wurden die Projekte in strategischen und operativen Teams realisiert. Neu war in Abgrenzung zu den Vorgängerprojekten



- eine anlassbezogene Unterstützung der Fachkräfte untereinander. So fungierte z. B. die teilnehmende Fachkraft Sonja Jensen aus der Stadt Neuwied als Referentin zu Partizipation in den anderen Kommunen.
- Die Integration der Fachkräfte aus den vorherigen Projektdurchläufen als Coachs.
- Die verstärkte Einbindung der Perspektive von Jugendlichen durch Dominik Schmidt von der Landesschülerinnen- und Landesschülerversammlung sowie Sabrina Kleinhenz von dem Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen in RLP.

Durch das dritte Projekt wurde das jugendpolitische Netzwerk in Rheinland-Pfalz weiter ausgebaut (siehe Landkarte).



Grafische Darstellung der Entwicklung von PEP

Unter Leitung von Prof. Werner Lindner mit der Unterstützung der weiteren Experten des Projekts, Prof. Dr. Herbert Schubert, Prof. Dr. Stefan Grohs und Dr. Moritz



Rudi Neu interviewte die Fachkräfte und übergibt an Frau Stanko zur Zertifikatsübergabe

Kirchner, sowie in Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Abteilung Landesjugendamt wurden neue Wege zur Entwicklung einer kommunalen Jugendstrategie beschritten.

### **Exemplarische Resultate aus der dritten Runde**

Vier Kommunen, davon zwei Städte und zwei Landkreise, nahmen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, betreffend die personelle Ausstattung, den ländlichen oder städtischen Raum oder die Partizipationstradition, teil.

Alle Kommunen, bzw. deren ausgewählte Fachkräfte, nahmen an zentralen Qualifizierungstreffen zu den beteiligten Wissenschaftsdisziplinen teil. Politikfeldanalysen, Netzwerkanalysen, Trainings zu Kommunikation mit der politischen Ebene mussten die Fachkräfte absolvieren und, zurück in ihren Bezügen, „smart“ formulierte Ziele umsetzen.

#### **Stadt Frankenthal**

Ausgehend von Anwohnerbeschwerden wurde in Frankenthal ein aufwendiger Dialogprozess zwischen den Anwohnenden und jugendlichen Skaterinnen und Skatern und Mountainbikerinnen und Mountainbikern gestartet. Ein von Jugendlichen gearbeiteter Entwurf zu Standort und Bau einer neuen Skater- und/oder Mountainbikeanlage im öffentlichen Raum wurde der im Prozess involvierten Politik zur Entscheidung vorgelegt. Parallel wurden nachhaltige Beteiligungsstrukturen von Jugendlichen in der Stadt Frankenthal entwickelt. Wichtig und herausfordernd war, dass die Beteiligungsstrukturen von den Jugendlichen und nicht von Seiten der Politik oder den pädagogischen Fachkräften vorgegeben werden.

#### **Landkreis Alzey-Worms**

Die Verbandsgemeinde Wörrstadt diente als Modellregion für die anderen im Landkreis angesiedelten Verbandsgemeinden. Jugendliche äußerten u. a. in einem Jugendforum ihre Bedürfnisse und die Änderungswünsche ihres Lebensumfeldes. Daraus sind neun Projekte entstanden, für die Patinnen und Paten für die Umsetzung aus den Reihen der Politik gewonnen wurden (zweistufige Netzwerkstrategie). Mittlerweile sind Einzelprojekte umgesetzt (Ausbau von Radwegen, Sitzgelegenheit auf dem Freizeitgelände). Wichtiges Erfolgskriterium ist dabei nicht nur die Umsetzung der Projekte, sondern vor allem der Kontakt zwischen jungen Menschen, Fachkräften und Politikerinnen und Politikern auf Augenhöhe.

#### **Kreis Kaiserslautern**

In dem ländlich geprägten Landkreis ist es gelungen, über den Zugang Schule Projekte wie z. B. „Landrat macht Schule“ oder „Landkreis für Vielfalt“ durch koordiniertes Vorgehen und Unterstützung von Politik, Verwaltung und sozialer Arbeit (Fachkräfte der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit) durchzuführen und so den Boden zu bereiten. Im zweiten Schritt konnte in einer spezifischen Fachkräfteschulung im Landkreis durch das Landesjugendamt „Partizipation“ als Standard gesetzt, bzw. verstärkt im Bewusstsein verankert werden. Dies führte dazu, dass in

kleinen sozialräumlichen Teams auch unterhalb der Verbandsgemeindeebene zahlreiche Einzelprojekte durchgeführt wurden, die nachhaltig eine Beteiligungskultur im Landkreis implementierten.

### **Stadt Neuwied**

Ähnlich wie in Frankenthal wurde aufgrund von Beschwerden von Anwohnenden und orientiert an den Bedürfnissen von Jugendlichen im öffentlichen Raum ein breit angelegter Stadtteilentwicklungsprozess mit und durch Jugendliche aufgelegt, der im Ergebnis zu einem feierlich eröffneten Jugendplatz führte. Erwähnenswert ist die hohe Geschwindigkeit, mit der es Neuwied geschafft hat, von den im Frühjahr 2021 geäußerten Beschwerden von Anwohnenden bis zur Inbetriebnahme des Jugendplatzes im November 2022 zu kommen. Um dieses gelungene Zusammenspiel zwischen allen Beteiligten, z. B. auch mit Hilfe des Stadtbauamtes, zu verstetigen, wurde auf der organisatorischen Ebene der Stadtverwaltung ein standardisiertes Verfahren mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren entwickelt. Geäußerte Bedürfnisse und Bedarfe von Jugendlichen münden unter der Federführung der dort seit zwanzig Jahren arbeitenden Fachstelle für Partizipation automatisiert in den Umsetzungsversuch.

Nach einer weiteren Diskussionsrunde mit zentralen Akteurinnen und Akteuren des Projektes stellte Prof. Nils Köbel als Beiratsmitglied in seiner kritischen pädagogischen Würdigung zum Schluss der Tagung die Bedeutung dieses politischen Projektes für die Demokratie hervor.

Anhand der Stufen der moralischen Entwicklung von Lawrence Kohlberg und John Deweys diskursiver Pädagogik skizzierte er die Entwicklung zu einer/einem (politisch werdenden) mündigen Jugendlichen, was er im PEP befördert sah.

Weitere Inhalte der Tagung und des Projektes werden im nächsten Jahr in der Dokumentation zur Verfügung gestellt.

Als Fazit der Tagung fungierte die von Prof. Lindner in seinem Vortrag benannte bundespolitische Einordnung, die zugleich Dank, Würdigung und Ansporn nach Fortführung ist, damit Jugendarbeit auch weiterhin Jugendpolitik eigenständig Flügel verleiht:

„Rheinland-Pfalz ist und bleibt die Ausnahme. Im Hinblick auf Jugendarbeit und Jugendpolitik findet sich hier eine mehrere Jahre überdauernde, wohl einzigartige Verkopplung von Akteuren, Bereitschaften, Energien und Gelegenheiten zur Ausgestaltung von Jugendpolitik unter dem Label ‚JES!‘. Dass diese Entwicklung auch mit wechselnden Akzentuierungen erfolgt ist, kann die bisherige Bilanz nicht schmälern. Ausschlaggebend ist der ‚politische Wille‘, der auch bei widrigen finanziellen Konstellationen immer seine Gestaltungsspielräume gefunden hat.“

Rudi Neu | Telefon 06131 967-263 | [Neu.Rudi@lsjv.rlp.de](mailto:Neu.Rudi@lsjv.rlp.de)

## „Die Arbeit mit Aussteiger/innen aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“

Am 22. November 2023 folgten rund 40 Fachkräfte und Interessierte der Einladung des Fachbereichs politisch motivierter Extremismus des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz zum Fachtag „Die Arbeit mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“ nach Koblenz. Dort trafen sich Netzwerkmitglieder, Lehrkräfte und Gäste aus Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet, um Fachvorträge aus Wissenschaft und Praxis zu hören, an Diskussionsrunden teilzunehmen und sich auszutauschen und zu vernetzen. Über den Tag begleitete Sebastian Hebler, Mitarbeiter des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, die Teilnehmenden durch das abwechslungsreiche Programm.

Zum Auftakt des Tages erläuterte Sebastian Hebler, warum das Demokratiezentrum des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung den Fachtag dem Themenfeld der Präventionsarbeit mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene widmete. Immer wieder erreichten das Demokratiezentrum Anfragen durch pädagogische Fachkräfte aus Schulen oder der politischen Bildungsarbeit, in denen nach Aussteigenden aus der rechten Szene gefragt wird, die für Gespräche als Maßnahme zur politischen Bildung und Präventionsarbeit zur Verfügung stehen könnten. Anfragende würden sich von einem solchen Gespräch mit Aussteigerinnen und Aussteigern meistens Aufklärung über und Einblicke in extrem rechte Szenen, sowie vor allem authentische Berichte mit einem Abschreckungseffekt für rechtsaffine junge Menschen erhoffen. Insbesondere Beschäftigte in Kommunen oder Fachkräfte aus Schulkontexten seien dann gelegentlich enttäuscht, wenn das rheinland-pfälzische Ausstiegsprogramm nicht mit einem solchen Angebot dient und zudem leise Zweifel an dieser Form politischer Bildung anbringt.

Dr. Antje Gansewig (wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) und Dr. Maria Walsh (stellvertretende Leiterin des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention) starteten den inhaltlichen Teil des Fachtages mit ihrem Beitrag über „Ehemalige Rechtsextreme in pädagogischen Settings. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Präventions- und politischen Bildungsarbeit“.

Die beiden Expertinnen beschäftigen sich seit 2016 mit dem Thema „Aussteigerinnen und Aussteiger aus rechtsextremen Bezügen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit“. Ihre Forschung hierzu publizierten sie in diversen Formaten, beispielsweise Fachliteratur und Empfehlungen für Fachkräfte in der Bildungsarbeit. Gansewig und Walsh wiesen zunächst auf die seit Jahrzehnten integral verankerten Biografie-basierten Maßnahmen als Bestandteil schulischer Präventions- und Bildungsangebote hin. Dieses Veranstaltungsformat sei allerdings nicht nur in der Extremismusprävention weit verbreitet. Es werde vor allem auch in der Vermittlung von Geschichtswissen oder in der Gewalt- und Suchtprävention genutzt. Aussagekräftige Evaluationen hätten hierzu lange Zeit jedoch nicht vorgelegen. „Was zunächst lediglich als Wirkungs- und Prozessevaluation einzelner Maßnahmen geplant war, entwickelte sich in Anbetracht der generellen Wissenslücken trotz bereits seit den frühen 2000er Jahren bestehender

Anwendungspraxis innerhalb Deutschlands bald zu einem umfangreichen Forschungsprojekt, das [...] ein möglichst umfassendes Bild des Forschungsgegenstands liefern und [...] Evidenz generieren sollte“ (Gansewig/Walsh 2020). Die beiden Wissenschaftlerinnen haben erstmals eine umfassende wissenschaftliche Betrachtung der schulischen Präventionsarbeit mit ehemaligen Extremistinnen und Extremisten bereitgestellt. Die bundesweite Anwendungspraxis wurde in einer Bestandserhebung mittels Interviews, postalischer Befragung und einer Medienanalyse aufgezeigt. Darüber hinaus wurde exemplarisch eine primärpräventive Schulmaßnahme eines Aussteigers aus der rechten Szene umfangreich evaluiert. Im Zentrum der Betrachtung stehen die Effekte dieser Maßnahme auf Schülerinnen und Schüler.

Erklärtes Ziel der Einbindung von rechten Aussteigerinnen und Aussteigern in die Präventionsarbeit sei eine „präventive Wirkung durch Wissensvermittlung, Sensibilisierung, Abschreckung und Aufklärung“ (Gansewig/Walsh 2020) durch die Erzählung persönlicher Erfahrungen. Mittlerweile gäbe es belastbare Erkenntnisse zu diesen vermeintlichen Präventionsmaßnahmen, die auf ihren generell fehlenden Effekt hinweisen oder sogar vor negativen Wirkungen warnen, wenn Abschreckung und Authentizität der ausgestiegenen Person elementarer Bestandteil sind und weniger wissenschaftlich fundiertes Wissen zu Rechtsextremismus. Gansewig und Walsh machen zudem auf die häufig fehlende Auseinandersetzung und Überprüfung dieser Präventionsangebote und auf deren Wirkung auf Kinder und Jugendliche durch Fachkräfte aufmerksam.

Anschließend beleuchtete Dr. Niklas Habel die Positionierungen zur Arbeit mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene in der Präventionsarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Ausstieg zum Einstieg e. V.“. Habel ist Politikwissenschaftler und arbeitet in der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg e. V.“, dem Dachverband zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure der Ausstiegs- und Distanzierungshilfen aus extrem rechten Zusammenhängen. Dort ist er als Projektkoordinator für „Fortbildungen zu Einstiegsprävention und Distanzierungsförderung im Themenfeld Rechtsextremismus“ zuständig.

Die Positionierungen der BAG gingen in weiten Teilen mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Erhebung von Gansewig und Walsh mit, so Dr. Habel. Nur unter sehr spezifischen Bedingungen könne eine Präventionsmaßnahme mit rechten Aussteigerinnen und Aussteigern nützlich sein. Die BAG habe hierfür einen qualitativen Kriterienkatalog erstellt, welche Voraussetzungen gegeben sein und welche vorbereitenden Fragen gestellt werden sollten, um eine Entscheidungshilfe zu geben. Hierbei seien vor allem Fragen zur Zielgruppe und zum Ziel der Präventionsmaßnahme entscheidend. Darüber hinaus sei eine enge und gut ausgearbeitete Vor- und Nachbereitung der Maßnahme mit der Zielgruppe notwendig, um möglichst keine negativen Effekte dieser Präventionsmaßnahme zu erhalten. Dies bedeute allerdings, dass für eine solche Maßnahme zwingend mehr als eineinhalb Stunden bzw. zwei Schulstunden eingeplant werden müssen und neben den persönlichen Erfahrungen der Aussteigerinnen und Aussteiger auch wissenschaftliche Grundlagen und Fakten vermittelt werden sollten.

Den dritten und letzten Input des Tages gestalteten zwei Kollegen der Ausstiegsberatung (R)AUSwege aus Rheinland-Pfalz des Demokratiezentrum mit Erfahrungsberichten aus ihrer Arbeit. Sie wiesen insbesondere darauf hin, dass die Aussteigerinnen und Aussteiger aus der rechten Szene Expertinnen und Experten für ihre eigene Lebensgeschichte und die Besonderheiten ihres Ein- und Ausstiegs aus der Szene sind. Dies mache sie jedoch nicht automatisch zu Fachexpertinnen und -experten im Themenfeld Rechtsextremismus. Zudem lägen zwischen einem Ausstieg aus der Szene und möglichen Auftritten im Rahmen von Präventionsmaßnahmen in der Regel Jahre. Somit sei auch kein aktueller Wissenstand zu Strukturen und Verbindungen im Land gegeben.

Gerade der aktuelle Bezug zu lebensweltlichen Bereichen (z. B. Musik, Kampfsport, Kleidungsmarken) der rechten Szene stellt einen zentralen Ansatzpunkt für Präventionsarbeit dar. Im nachfolgenden Workshop setzten die Ausstiegsberatenden auf kreative Methoden anstatt auf abschreckende, vermeintlich sensationelle Geschichten, so dass die Teilnehmenden eigene Positionen und Haltungen hinterfragen konnten.

In der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen alle Referierenden sowie Hannes Püschel, Betroffenenberater bei Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e. V. teil. Püschel machte sich insbesondere für die (Präventions-) Arbeit mit Institutionen und Organisationen, die sich für die Betroffenenperspektive einsetzen, stark. Hierbei war ihm der Blick auf die ethischen und politischen Fragestellungen zur Arbeit mit rechten Aussteigerinnen und Aussteigern in der Präventionsarbeit wichtig: Wem nützt die Präventionsmaßnahme – den Schülerinnen und Schülern oder den Aussteigenden als finanzieller Anreiz und therapeutische Eigenmaßnahme?

Neben Diskussionen zu Bedarfen und Ausgestaltung guter Präventionsarbeit stellten die Teilnehmenden des Fachtages viele unterschiedliche Fragen – von Möglichkeiten im Umgang mit der Normalisierung rechter Parolen in Schule und Gesellschaft, dem Einfluss von Social Media bis hin zu Rahmenbedingungen für die generelle Gestaltung von Präventionsangeboten im Kontext Schule. Darüber hinaus berichteten Teilnehmende von Herausforderungen, denen sie in ihrer eigenen Arbeit begegnet sind, wie beispielsweise die Zusammensetzung der Klassen und die Notwendigkeit, bereits im Primarbereich (z. B. in der Grundschule) mit Extremismusprävention im Sinne eines offenen und toleranten Miteinanders anzusetzen.

Im Nachgang wird es eine ausführliche Tagungsdokumentation zu allen Inhalten des Fachtages geben. Diese kann gerne beim Demokratiezentrum angefragt werden.

Pia Hartmann | Telefon 06131 967-497 | [Hartmann.Pia@lsjv.rlp.de](mailto:Hartmann.Pia@lsjv.rlp.de)

## Weiterbildungen im Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum SPFZ – die Nachfrage ist ungebrochen

Die Einschränkungen der Corona-Pandemie hatten insbesondere in den ersten beiden Jahren vieles durcheinandergewirbelt. Termine mussten verschoben werden oder konnten nur digital durchgeführt werden. Dennoch ist es gelungen, die angebotenen Weiterbildungen alle zu Ende zu führen. Die Nachfrage nach berufsbegleitenden Qualifizierungen ist ungebrochen und die Teilnahme war trotz wiederkehrender Krankheitswellen von hoher Verbindlichkeit gekennzeichnet.

Das SPFZ hat in den letzten Jahren daran gearbeitet, digitale Bausteine oder Kurseinheiten zu entwickeln. Für Weiterbildungen wurde die Nutzung einer digitalen Lernplattform ermöglicht, beispielsweise als gemeinsame Basis für die Dokumentation der behandelten Themen, der Entwicklung von Praxisprojekten und auch für den gegenseitigen Austausch.

Das SPFZ bietet eine Vielzahl von Weiterbildungen für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe an, welche die gesamte Bandbreite der Themen abbilden und mit einem entsprechenden Zertifikat abgeschlossen werden können. Die Dauer der Weiterbildungen variiert zwischen acht und 23 Tagen. Folgenden Weiterbildungen werden angeboten:

- Im Bereich Kindertagesstätten:
  - Fachkraft für Frühpädagogik
  - Führen, Beraten, Entscheiden – Qualifizierung für Leitungskräfte in Kindertagesstätten gemäß Fachkräftevereinbarung
  - Qualifizierung zur Praxisanleitung von Erzieherinnen und Erziehern gemäß Fachkräftevereinbarung
  - Pädagogische Basisqualifizierung Kita gemäß Fachkräftevereinbarung
  - Qualifizierung für Kita-Fachberatungen
  - Fachkraft für Offene Arbeit
  - Fachkraft für Diversität und Rassismus-Sensibilität
  - Werkstatt auf dem Weg zur Fachkraft für den Situationsansatz
- Für Fachdienste im Jugendamt:
  - Hilfeprozesse und Kinderschutz im ASD wirkungsvoll gestalten
  - Qualifizierung im Pflegekinderdienst
  - Qualifizierungsreihe Amtsvormundschaft
- für die stationäre Jugendhilfe:
  - Fit für die stationäre Jugendhilfe

- als arbeitsfeldübergreifende Angebote:
  - Den Führungsalltag meistern mit Methoden des Sozialmanagements
  - Systemisches Arbeiten in der Sozialen Arbeit, Pädagogik und Beratung
  - Systemisch-lösungsfokussierte Gesprächsführung und Beratung



Zwei der Weiterbildungsabschlüsse

Insbesondere Themen im Bereich Kindertagesstätten sind angesichts von rund 2.600 Einrichtungen in Rheinland-Pfalz und Vorgaben gemäß der neuen Fachkräftevereinbarung vom 1. Juli 2021 stark nachgefragt. Diesem Bedarf kommt das SPFZ nach, indem es zu bestimmten Themen mehrere Kurse pro Jahr anbietet und mit anderen Fortbildungsträgern kooperiert.



Qualifizierungen für Kitaleitungen, Praxisanleitungen oder die pädagogische Basisqualifizierung gemäß Fachkräftevereinbarung werden im Austausch mit dem Bildungsministerium und dem Kita-Referat der Abteilung Landesjugendamt evaluiert. Besonderer Wert wird auf den Austausch mit den Referentinnen und Referenten gelegt, um einen gelungenen und wirksamen Theorie-Praxis-Transfer zu ermöglichen. Die Fachkräfte erwerben dabei nicht nur fach- und berufsfeldbezogene, sondern auch soziale und personale Kompetenzen.

Die Anmeldezahlen und die positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden und Träger zeigen deren Wertschätzung. In der Praxis haben die Zertifikate einen hohen Stellenwert.

Jacqueline Goldstein | Telefon 06131 967-166 | [Goldstein.Jacqueline@lsjv.rlp.de](mailto:Goldstein.Jacqueline@lsjv.rlp.de)

Ellen Johann | Telefon 06131 967-132 | [Johann.Ellen@lsjv.rlp.de](mailto:Johann.Ellen@lsjv.rlp.de)



## TERMINANKÜNDIGUNGEN

### Kooperation im Kinderschutz

Termin: 21. März 2024, 14:00-16:15 Uhr

Ort: digital per ZOOM

Veranstalter: Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Mainz

Zielgruppe: Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe, die sich in ihrem beruflichen Kontext dem Kinderschutz widmen

Im Mittelpunkt der Impulsveranstaltung steht ein Vortrag von Prof. em. Dr. Christian Schraper, der ausgehend von konkreten (problematischen) Kinderschutzfällen aufzeigen wird, woran die Kooperation von Helfersystemen häufig scheitert, dass man aus Fehlern lernen und wie eine achtsame und belastbare Kooperation im Kinderschutz aussehen kann.

Die Veranstaltung will außerdem Leitungs- und Fachkräften von Jugendämtern, aus den stationären und ambulanten Erziehungshilfen, der Schulsozialarbeit und Jugendarbeit sowie von Kindertagesstätten und sonstigen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch geben. So kann die Zusammenarbeit gefördert und in der Praxis ein abgestimmtes Handeln zwischen den Akteuren realisiert werden.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist hier möglich: <https://lsjv.serve24.rlp.de/SPFZ>.

Den Flyer können Sie im SPFZ anfordern. Anmeldeschluss ist der 14. März 2024.

Ansprechpartnerin

Susanne Kros | Telefon 06131 967-130 | [Kros.Susanne@lsjv.rlp.de](mailto:Kros.Susanne@lsjv.rlp.de)

## Save the Date

**Digitale Themenwoche des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen**

Termin: 26. Februar bis 1. März 2024, online

Die Anmeldung und weitere Informationen finden Sie ab Januar 2024 auf unserer [Homepage](#).



## IMPRESSUM

### Mitglieder der AG Info des Landesjugendamtes

Iris Egger-Otholt	Leiterin der Abteilung Landesjugendamt
Stephanie Eckert	Projekte gegen Extremismus
Sonja Becker	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen, Vollzeitpflege
Heidi Steffl	Hilfen zur Erziehung, ASD, Servicestelle Kinderschutz, Frühe Hilfen
Eugenia Mantay	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Kira Kluth	Vorzimmer Abteilung Landesjugendamt
Andrea Leiter	Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe
Annegret Merkel	Kindertagesstätten, Kindertagespflege
Barbara Liß	Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen

### Bildnachweis

Bild Seite 1:	© Gorilla – Fotolia.com
Bild Seite 5 (LJA)	© auremar – Fotolia.com
Bild Seite 11 (Der Blick zurück)	© Photobeps – AdobeStock
Bild Seite 13 (Flyer d. Veranstaltung)	© Tom – fotolia.com
Bild Seite 34 (Titelbild des Flyers)	© Africa Studio – Fotolia.com
Bild Seite 37 (Jan Cönig)	© Jan Cönig
Bild Seite 54 (Terminankündigungen)	© strichfiguren.de – Fotolia.com
Bild Seite 55 (Titelbild des Flyers)	© Joaquin Corbalan – stock.adobe.com
Bild Seite 57 (Titelbild des Flyers)	© magele-picture – stock.adobe.com
Andere Bilder	© LSJV, sofern nicht anders angegeben

### Herausgeber

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz  
– Abteilung Landesjugendamt –  
Rheinallee 97-101  
55118 Mainz  
Telefon 06131 967-289  
Telefax 06131 967-12289  
landesjugendamt@lsjv.rlp.de  
www.lsjv.rlp.de

### Redaktion V. i. S. d. P.

Iris Egger-Otholt

